

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 31. Oktober 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zumbel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Lohnfrage und die Frauen. Von D. — Frauenstimmrecht und Wahlrechtskampf in Oesterreich. Von Klara Zetkin. — Von der sozialistischen Frauenbewegung in Italien. Von Gisela Michels-Lindner. — Wenn die Frauen erwachen. Von m. g. — Eine freie Schule vor fünfzig Jahren. Von Anna Bloß. — Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Von Klara Zetkin. (Fortf.)

Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Vom Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen in Braunschweig. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kagenstein.

Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Diensthofenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Feuilleton: Der Flüchtling. Von Else Belli. — Ein gutes Gewissen. Von Alexander L. Rielland.

Die Lohnfrage und die Frauen.

Die Frage der Frauenarbeit nimmt einen immer breiteren Raum in der öffentlichen Diskussion ein. In der bürgerlichen Presse überwiegen dabei die moralisierenden Sentiments. Sie knüpfen besonders an die hygienischen Folgen der Frauenarbeit an und an ihre weitwirkenden sozialen Begleiterscheinungen, die zu augenscheinlich zutage treten, als daß man sie übersehen könnte. Auch abgesehen von dem vorliegenden wissenschaftlichen Beweismaterial ist es mit Händen zu greifen, daß lange Arbeitszeiten, daß eine Reihe Beschäftigungsarten unheilvoll auf den weiblichen Organismus einwirken und dadurch die Lebenskräfte des Nachwuchses herabmindern, welcher dem Schoße der kapitalistisch ausgebeuteten Frauen entspringt. Ebenso besteht kein Zweifel darüber, daß der Zwang zur ausbeutenden Erwerbstätigkeit, welcher die proletarische Mutter aus dem Hause, von der Seite der Kinder reißt, für deren körperliche und geistige Entwicklung die verderblichsten Folgen zeitigt.

Die Frage der Frauenentlohnung wird gewöhnlich vom Standpunkt des Rechtes oder Unrechtes aus erörtert. Der niedrige Lohn der Frauenarbeit wird als Unrecht hingestellt, das die Frau als Angehörige des sozial minderberechtigten weiblichen Geschlechtes erfährt, und nicht als naturgemäße Wesensäußerung des Kapitalismus, unter welchem die erwerbstätige Frau als Mitglied der ausgebeuteten Klasse leidet. Aber nur, wenn man die Lohnfrage unter dem letzteren Gesichtswinkel betrachtet, kann man sich gründlich mit ihr auseinandersetzen. Das aber zu tun und die erwerbstätige Frau immer mehr und immer tiefer mit der Erkenntnis von der Ursache ihres schmalen Verdienstes und damit hundertfachen Leides zu erfüllen, das ist dringend nötig.

Je mehr der Wirbel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung die Frau zwingt, in einer Erwerbstätigkeit ihren Unterhalt zu suchen, um so brennender wird die Frage nach der Entlohnung der weiblichen Arbeit. Mit dem billigen Einwand von der Bedürfnislosigkeit der Frau kommt man nicht mehr aus. Das starke Eindringen der Frau in Berufe, deren Ansprüchen zu genügen ihr bisher das Vermögen abgesprochen wurde, widerlegt das Märchen von der minderen Qualität der weiblichen Befähigung und Leistung. Durch die technische Revolution tritt übrigens in vielen Industrien die physische Arbeitskraft in ihrer Bedeutung für die Produktion hinter der feinnervigen, hinter Fingersfertigkeit und größere Beweglichkeit des Dieners der Arbeitsmaschine zurück, und in dieser Hinsicht ist ohne Zweifel die Frau dem Manne vielfach überlegen. Aber der soziale Wert einer Arbeit ist in der kapitalistischen Gesellschaft nicht der Maßstab für die Entlohnung, sonst würde zum Beispiel die für die öffentliche Gesundheitspflege außerordentlich wertvolle Arbeit eines Strafenlehrers nicht mit ein paar Pfennigen bezahlt werden.

Recht und Unrecht, Humanität und Allgemeininteresse haben für das Kapital keinen Kurswert. Es ist ein ganz müßiges Unterfangen, das Unternehmertum durch moralisierende Argumente veranlassen zu wollen, die weibliche Arbeitskraft der männlichen gleich zu entlohnen; eine Reform nach dieser Richtung ist gebunden an das Fortschreiten des proletarischen Klassenkampfes. Die Frage

der Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft erhält mit der stärkeren Verwendung derselben erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung. Einmal ist der niedrige Lohn der Frauen ein starkes Hemmnis für die Lohnforderungen der männlichen Arbeiter. Des weiteren aber dienen die niedrigen Frauenlöhne mit dazu, trotz der Lohnerhöhungen, die ein Teil des industriellen Proletariats erkämpft, die Kapitalsrente nicht sinken zu lassen. Durch vermehrtes Einstellen schlecht gelohnter weiblicher Arbeitskraft findet das Kapital einen Ausgleich für die höheren Löhne, die es den Facharbeitern zahlen muß. Je kampfstärker die Gewerkschaften werden, desto größer wird daher der Anreiz für das Unternehmertum, sich nach billigerer Frauenarbeit umzusehen. Es liegt daher im eigensten Interesse der männlichen Arbeiter, für die Forderung nach Erhöhung der Frauenlöhne auf das Niveau der Männerlöhne energisch einzutreten.

Selbstverständlich dürfen die Frauen nicht untätig bleiben und geduldig darauf warten, daß ihre Arbeitskraft höher entlohnt wird. Sie selbst müssen mit aller Energie dafür kämpfen, daß sie nicht nur theoretisch und schließlich auch als Staatsbürgerinnen die Anerkennung der Gleichberechtigung erlangen, sie müssen sie auch als Verkäuferinnen von Arbeitskraft beanspruchen. Es wird noch schwere Kämpfe kosten, bis das Ziel erreicht ist, und der endliche Erfolg wird keineswegs die Lösung der sozialen Frage bedeuten.

Die Entwicklung zeigt uns eine stetig wachsende soziale Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft. Wir haben heute einen Teil Arbeiter — Facharbeiter —, der doppelt so hohen Lohn erzielt als die Gruppe der Nichtfacharbeiter. Daß zwischen dem Facharbeiter, der 6 bis 8 Mk. pro Tag verdient, und dem Hilfsarbeiter, der es nur auf 3 bis 4 Mk. bringt, ein großer sozialer Abstand besteht, liegt auf der Hand, und die Entwicklung drängt dahin, diesen Abstand noch zu erweitern und zu vertiefen. Solche soziale Gliederung wird auch bei den erwerbstätigen Frauen schärfer in Erscheinung treten, je mehr die Gleichbewertung ihrer Arbeitskraft mit der männlichen erkämpft wird. Wirtschaftlich steht die erwerbstätige Frau heute noch ziemlich allgemein unter der Schicht der am schlechtesten entlohten männlichen Arbeiter. Ein Teil der Arbeiterinnen wird zu der Höhe der Facharbeiter heraufsteigen, das Gros aber wird sich nicht über die sozial tiefstehenden Proletarierinnen erheben.

Das Wesentliche ist aber der Abstand in der Lohnhaltung, nicht die absolute Lohnhöhe, denn diese ist keine feste Größe. Die relative Lohnhöhe wird bestimmt von der Kaufkraft des Geldes, und da diese ständig sinkt, bedeutet die absolute Lohnerhöhung nicht auch die gleiche prozentuale Hebung der sozialen Lage. Die Kaufkraft des Geldes wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst: Grundrente, Zoll- und Steuerpolitik, Preise der industriellen Erzeugnisse und der Lebensmittel! Diese Faktoren können durch den Arbeitsvertrag nicht paralytisch werden, die Kapitalsrente wird nicht abhängig von der nominellen Lohnhöhe. Daher auch die Erscheinung, daß, obwohl die Löhne sich nach oben bewegen, die Rente des industriellen Kapitals wächst. Die Lohnarbeiter, wenigstens ein Teil derselben, können innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft durch zähen energischen Kampf wohl Erfolge erzielen, jedoch nicht die Herrschaft des Kapitalismus brechen. Die zu erlangenden Lohnsteigerungen laufen in ihrem sozialen Werte nicht einmal parallel mit der Steigerung der Produktivität der Arbeit.

Die kapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft wird erst mit der Umwälzung der kapitalistischen in eine sozialistische Produktionsweise verschwinden. Da die wirtschaftlichen Erfolge der kämpfenden Arbeit für das Kapital durch andere Faktoren wieder ausgeglichen werden, bedingen gehäufte Quantitäten von Lohnsteigerungen doch noch keine Umwertung in Qualität. Eine Summe von Lohnerhöhungen bedingt durchaus keine Verminderung der Kapitalsrente, und deshalb ist mit der Durchsetzung von Lohnsteigerungen allein die kapitalistische Gesellschaft nicht zu überwinden.

Wie die Lohnfrage überhaupt, so ist auch die der Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft ein Teil der

sozialen Frage. Eine Reform im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft ist wohl möglich, die endgültige Lösung bringt jedoch erst die sozialistische Gesellschaft. Man kann ruhig sagen: mehr noch als der Mann ist die Frau an dem Siege des Sozialismus über den ausbeutenden Kapitalismus interessiert! Damit ist auch der Weg gewiesen, den die Proletarierin gehen muß. Mit aller Energie, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln muß die erwerbstätige Frau ihre Interessen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vertreten, muß sie ihr wirtschaftliche Vorteile und Reformen jeder Art zu entreißen suchen, aber ihre Hauptaufgabe bleibt die Förderung der sozialistischen Bestrebungen, die darauf hinführen, durch Eroberung der politischen Macht an die Stelle der kapitalistischen die sozialistische Gesellschaftsordnung zu setzen. D.

Frauenstimmrecht und Wahlrechtskampf in Oesterreich.

Genossin Popp hat sich in der letzten Nummer gegen die Auffassung gewendet, die ich in meinem Referat über das Frauenstimmrecht in bezug auf den Wahlrechtskampf des österreichischen Proletariats vertreten habe. Meine Ausführungen lauteten:

„Eine ähnliche Situation wie in Schweden und Belgien hat auch in Oesterreich vorgelegen. Dort ist es dem Proletariat nach jahrzehntelangem, zähem Kampfe gelungen, die Regierung endlich zu zwingen, an eine einigermaßen gründliche Reform des Wahlrechtes zu gehen, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu den Reichsratswahlen einzuführen und mit dem Kurienystem aufzuräumen, dank dessen die politische Macht des Proletariats im Parlament völlig erdrückt wird. Die Wahlrechtsreform, wie die Regierung sie formuliert hat, ist hochbedeutend, entspricht aber durchaus nicht den Forderungen der Sozialdemokratie. In dieser Situation haben die österreichischen Genossen entschieden, daß es zunächst gelte, das Wahlrecht den Männern unbedingt und so rasch als möglich zu sichern. Und da ihnen diese Sicherung gefährdet erschien durch die Verquickung des Männerstimmrechtes mit der Forderung des Frauenstimmrechtes, so haben sie beschlossen, diese letzte Forderung zurückzustellen. Die österreichische Sozialdemokratie hat sich darauf beschränkt, ihre volle Macht für den Wahlrechtsentwurf der Regierung einzusetzen, sich dabei bemüht, durch den parlamentarischen Kampf so viel Verbesserung als möglich herbeizuführen. Man versteht durchaus, von welchen Erwägungen die Auffassung diktiert worden ist, daß das allgemeine Männerwahlrecht durch die Forderung gefährdet werden könnte. Es galt eine Wahlrechtsreform endlich zu Stande zu bringen, die in Oesterreich nicht nur die Vorbedingung dazu ist, daß das Proletariat seine volle Macht zu entfalten vermag, sondern auch die notwendige Voraussetzung für den Bestand des Staates selbst geworden ist. Aber ich bin der Überzeugung, daß trotz alledem die Forderung des Frauenstimmrechtes von Anfang an hätte aufrecht erhalten und vor allem in der Agitation und im Parlament mit allem Nachdruck verfolgt werden sollen. Wir anerkennen die Disziplin der österreichischen Genossinnen und ihr Solidaritätsgefühl der Partei gegenüber, indem sie sich der Entscheidung der Partei gefügt haben, es fragt sich aber doch, ob diese Entscheidung notwendig gewesen wäre. Und ich persönlich verneine die Notwendigkeit dieser Entscheidung von Anfang an.“

Niemand von uns ist so töricht, zu verlangen, daß die Forderung des Frauenwahlrechtes zu einem ausschlaggebenden Punkt des augenblicklichen Aktionsprogramms der österreichischen Genossen hätte gemacht werden müssen. Das wäre ein Verbrechen gewesen. Aber ein anderes ist es, wenn eine Forderung von Anfang an ganz ausgeschlossen wird im Kampfe um das Wahlrecht. (Sehr richtig!) Wir bedauern deshalb, daß weder in der Agitation noch im Parlament die Forderung des Frauenstimmrechtes von unseren österreichischen Genossen mit dem Nachdruck erhoben worden ist, die ihrer Bedeutung zukommt. Die befürchtete lange Verschleppung der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes wäre dadurch meiner Auffassung nach nicht eingetreten. Zunächst war allen Absichten nach Verschleppung der Wahlrechtsreform von vornherein eine Grenze gezogen durch die Furcht vor der Macht des Proletariats; denn die Haltung der reaktionären Parteien in den Wahlrechtskämpfen wird im letzten Grade nicht durch die „weise Mäßigkeit“ der proletarischen Forderung, vielmehr durch den Hinblick auf die tatsächliche Macht des Proletariats bestimmt. Auch die

zähfte Reaktion läßt, was sie nicht wehren kann. Dann aber konnte die Forderung des Frauenstimmrechtes wie jede andere Einzelforderung des sozialdemokratischen Wahlrechtsprogramms im entscheidenden Momente immer noch zurückgezogen werden, nachdem sie vorher ihrer Bedeutung gemäß erhoben und verteidigt worden war. Trotz aller Vorsicht und Rücksichtnahme auf eine eventuelle Verschleppung ist man in Österreich nicht darum herumgekommen, sich im Wahlrechtsausschuß mit dem Frauenstimmrecht zu beschäftigen. Der Demokrat Ehoc hat das Frauenstimmrecht dort beantragt. Zwei Reaktionen, Grubn und Kaiser, das Damenwahlrecht. Genosse Dr. Adler hat dann in trefflicher Weise zu der Frage Stellung genommen. Es wäre aber in jeder Hinsicht wirksamer gewesen, wenn die Sozialdemokratie von Anfang an für diese Forderung mit gehörigem Nachdruck eingetreten wäre. Im Kampfe für das Recht sozial Unterdrückter, minderberechtigter Klassen und Schichten muß die Sozialdemokratie jederzeit den bürgerlichen Parteien vorangehen. Wenn man von Seiten der Gegner Verschleppungsanträge befürchtete, so stand es ja durchaus in der Macht der Fraktion, den Antrag nach der Begründung zurückzuziehen. (Sehr richtig!) Der springende Punkt für unsere Stellungnahme ist aber der, daß die Haltung der Sozialdemokratie diktiert sein muß von einer prinzipiellen Auffassung, nicht von Zweckmäßigkeitsrücksichten. Ausschlaggebend muß für uns sein eine prinzipielle Auffassung, die nicht vom orthodoxen Buchstabenglauben vorgeschrieben wird, sondern von der klaren, wohl begründeten Erkenntnis, daß im letzten Grunde jede prinzipielle Politik die praktischste und zweckmäßigste ist. (Stürmische Zustimmung.)

Überall im Wahlrechtskampfe muß von dieser prinzipiellen Auffassung ausgegangen werden; denn wie die Dinge sich entwickelt und zugespitzt haben, ist jeder Wahlrechtskampf ein Kampf um die politische Macht zwischen dem Proletariat und den besitzenden Klassen. So fassen ihn auch die bürgerlichen Klassen auf, und deshalb widersetzen sie sich mit solcher Zähigkeit, solcher Energie, solcher Bösartigkeit jeder Erweiterung des Wahlrechtes. Sie fürchten die wachsende Macht des Proletariats. (Sehr richtig!) Und so werden sie unsere Wahlrechtsanträge nicht nach Maßgabe unserer Bescheidenheit behandeln (Heiterkeit), sondern nach dem Maße ihrer Furcht vor dem Proletariat. So entsteht die Frage: Ist der Verzicht auf einzelne oder die Aufzählung aller unserer Forderungen das beste Mittel, um unsere Macht zu stärken? Die Antwort darauf fällt meines Erachtens nach zugunsten der Formulierung und Verfechtung unseres vollen Wahlrechtsprogramms aus. Auf möglichst breiter Basis müssen wir unsere Forderungen erheben, um die Massen in Bewegung zu setzen, und die Forderung des Frauenstimmrechtes ist geeignet, die Basis unserer Kampfesstellung zu vergrößern und uns neue breite Massen Entrechteter als Mitstreiter und Mitarbeiterinnen zuzuführen. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch ein anderer Gesichtspunkt kommt in Betracht. In dem Maße, als wie wir die Forderung des Frauenwahlrechtes erheben, schwächen wir die Gegner, tragen wir Verwirrung und Zerplitterung in ihre Reihen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir lösen damit alle sozialen Gegensätze aus, die bei den bürgerlichen Klassen zwischen Mann und Frau vorhanden sind, wir zwingen alle bürgerlichen Parteien wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, auch in der Frage des Frauenwahlrechtes Farbe zu bekennen.

Es muß deshalb die Forderung des Frauenwahlrechtes mit allen unseren Wahlrechtskämpfen verbunden werden. Dies ist bei uns in Deutschland stets geschehen. Wir haben den Wahlrechtskampf geführt als Kampf für die gleichen Rechte von Mann und Frau und werden ihn so weiter führen. Wir sozialdemokratischen Frauen sehen dabei ab von jeder Eigenbrödelei. (Lebhafte Zustimmung.) Wir befürworten durchaus nicht eine besondere sozialdemokratische Frauenwahlrechtsaktion. Wir fordern, daß unsere Genossinnen im allgemeinen Wahlrechtskampfe nur ihre Schuldigkeit tun. Das ist das wirksamste Mittel, für ihr volles Bürgerrecht zu kämpfen. Wir sind überzeugt, daß dadurch die proletarischen Massen für das Frauenwahlrecht mobilisiert werden. Wir wissen, daß nicht in kurzer Zeit der Sieg des Frauenwahlrechtes zu erreichen sein wird, aber wir schaffen die wichtigste Vorbedingung für diesen Sieg, indem wir Hunderttausende von Köpfen revolutionieren. (Lebhafte Zustimmung.) Wir führen unseren Kampf nicht als Kampf zwischen den Geschlechtern, sondern als Kampf gegen die politische Übermacht der besitzenden Klassen, als Kampf, den wir im Grunde führen mit allen Ausgebeuteten, allen Entrechteten ohne Unterschied des Geschlechtes; einen Kampf, dessen Bedeutung vor allem darin besteht, daß er in den breitesten Massen des Proletariats die Erkenntnis von seiner geschichtlichen Mission und seiner sozialen Macht heranreifen läßt. Wenn eines Tages die geschichtliche Entwicklung objektiv weit genug vorgeschritten ist, so kann dann das Proletariat in seiner Gesamtheit ohne Unterschied des Geschlechtes dank dieser festgewurzelten Erkenntnis jeder knechtenden Macht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zurufen: „Es liegt an mir, ein Auck von mir, ein Schlag von mir, zu dieser Frist, — und siehe, das Gebäude stürzt, von welchem du die Spitze bist!“

Ich habe diese meine Ausführungen in Mannheim zur Antwort auf Genossin Popp's Artikel in letzter Nummer vorausgestellt, weil aus ihnen unzweideutig verschiedenes hervorgeht. Zunächst, daß ich weder die Bedeutung noch die Schwierigkeiten des letzten Wahlrechtskampfes in Österreich unterschätzt habe. Des weiteren, daß es mir nicht eingefallen ist, den österreichischen Frauenrechtlerinnen gleich die Lösung zu vertreten: „Das Frauenstimmrecht auf alle Fälle.“ Ich bin auch nicht einen Augenblick im unklaren darüber gewesen, daß der Wahlrechtskampf in Österreich unter der

vorkommenden Situation als praktisch greifbares Resultat nicht mehr als die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechtes ergeben konnte. Daher habe ich keineswegs den österreichischen Genossen und Genossinnen angefohlen, die Forderung des Frauenwahlrechtes zum Grund- und Eckstein des Wahlrechtskampfes zu machen, mit der die Wahlrechtsreform stehen und fallen mußte. Im Hinblick auf den Kampfespreis des proletarischen Ringens um die Demokratisierung des Wahlrechtes habe ich mich — unserer bisher befolgten Taktik entsprechend und in Würdigung der jetzigen Machtverhältnisse zwischen den ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen — sogar nachdrücklich gegen die Parole des alles — oder — nichts erklärt. Jedoch mehr noch. Ich habe nicht einmal der Meinung Ausdruck verliehen, wie es nach Genossin Popp's Worten scheinen könnte, die österreichischen Genossinnen hätten in ihrem Wahlrechtskampfe das Frauenstimmrecht besonders in „den Vordergrund“ stellen müssen.

Meine Ausführungen zu der strittigen Frage besagten nicht mehr, allerdings aber auch nicht weniger, als was der Internationale sozialistische Kongreß zu Amsterdam in der befannten Resolution über das Frauenstimmrecht festgelegt hat. Nämlich, daß auch in dem österreichischen Wahlrechtskampfe das Frauenstimmrecht hätte gefordert, in der Agitation festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß dieser Standpunkt nicht gleichbedeutend ist mit einer Befürwortung des Hervordrängens der Forderung des Frauenstimmrechtes vor die übrigen proletarischen Einzelpostulate zur Demokratisierung des Wahlrechtes, etwa in der Art, wie es ein Teil der englischen Genossinnen meines Erachtens mit Unrecht praktiziert hat. Wohl aber will er das Frauenstimmrecht gemäß seiner grundsätzlichen und praktischen Bedeutung für das kämpfende Proletariat gewertet wissen. Er schließt daher unzweideutig das Bedauern in sich, daß die österreichischen Genossen — die Genossinnen inbegriffen — das Frauenstimmrecht von vornherein aus dem Wahlrechtskampfe ausgeschaltet haben, denn diese Ausschaltung bedingte ganz naturgemäß, daß die Forderung auch aus der Agitation verschwand und im Parlament nicht ihrer Wichtigkeit entsprechend von Seiten der Sozialdemokratie verteidigt worden ist.

In das Bedauern haben zum Teil noch vor kurzem auch die österreichischen Genossinnen eingestimmt. Genossin Popp schrieb in der Aprilnummer der „Sozialistischen Monatshefte“: „Daß . . . tatsächlich in dem ganzen Wahlrechtskampfe von den sozialdemokratischen Rednern über die Verechtigung des Frauenwahlrechtes nicht gesprochen wurde, haben auch die Genossinnen mehr oder weniger schmerzhaft empfunden.“ Mir erscheint dieses schmerzliche Empfinden als der widerspruchsvolle Nachklang einer Illusion. Während einer Periode des Kampfes konzentrierte sich die Agitation unvermeidlich auf das Kampfesobjekt. Die Agitation ist ja selbst ein wesentliches, ja der wichtigste Teil des Kampfes, sie ist die Orde, welche das Bewußtsein der Massen mobilisiert und als Macht für das gesteckte Ziel aufmarschieren läßt. Eine Forderung, die nicht im Aktionsprogramm einer sozialdemokratischen Kampagne ausgesprochen ist, wird daher im allgemeinen auch in der Agitation unausgesprochen bleiben. Es ist nur konsequent, wenn in Genossin Popp's letztem Artikel sich das angezogene Bedauern verflüchtigt hat, wenn es der Überzeugung gewichen ist, daß die befolgte Taktik „dem Frauenstimmrecht mehr genügt hat, als wenn es so nebenbei gefordert worden wäre“. Allerdings, den Beweis dafür hat Genossin Popp nicht erbracht, daß eine Forderung wie die des Frauenstimmrechtes, die es gilt dem Bewußtsein der Massen als berechtigt zu erweisen und in ihm fest zu verankern, dadurch besonders gewinnt, daß sie — unausgesprochen bleibt. Meiner Ansicht nach soll die Sozialdemokratie als Führerin in den proletarischen Wahlrechtskämpfen das Frauenstimmrecht fordern, gerade weil es zum Zwecke der Revolutionierung der Köpfe notwendig ist, daß von ihm gesprochen wird. Freilich nicht „so nebenbei“, sondern mit dem Ernst und dem Nachdruck, mit dem alle grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie, mit der im Kampfe um das Wahlrecht alle Forderungen zur vollen Demokratisierung des Wahlrechtes vertreten werden müssen.

Doch weiter! Das zitierte Bruchstück meines Referats bestätigt, worauf ich schon in der letzten Nummer kurz hinwies. Ich habe nicht behauptet, daß die österreichischen Genossen und Genossinnen von der Forderung des Frauenstimmrechtes abgesehen hätten „aus Angst vor der Rückständigkeit der Frauen“ oder aus „Müchtheit auf eine bürgerliche Partei“. Ihre Stellung habe ich vielmehr aus ihrer Überzeugung erklärt, daß die Forderung des Frauenwahlrechtes die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechtes gefährden werde. Die grundsätzliche Forderung trat in der Folge hinter Zweckmäßigkeitsrücksichten zurück. Der befolgten Taktik entgegen habe ich eine grundsätzliche Politik befürwortet und begründet, daß eine solche auch die praktischste ist. Genossin Popp hat die betreffenden Gedankengänge — mit Ausnahme eines einzigen — links liegen lassen, obgleich sie den Kernpunkt des ausgetroffenen Problems bilden. Dafür rechtfertigt sie die Stellung der österreichischen Genossen und Genossinnen mit einer Reihe Argumente, die durchaus meine Darstellung von den Gründen derselben bestätigen.

Nach Genossin Popp's Ansicht wäre es eindrucklos und damit zwecklos gewesen, das Frauenstimmrecht zu fordern, „weil aller Augen auf den Wahlrechtskampf der Sozialdemokratie gerichtet waren“, . . . weil „das Frauenstimmrecht niemand ernst genommen hätte“, . . . weil keine Genossin „vermocht hätte, die Aufmerksamkeit auf etwas anderes zu lenken als auf das gleiche Recht der Männer“. Wird diese Meinung wirklich beweiskräftig dadurch erhärtet, daß die Frauenwahlrechtsversammlungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen eindrucklos geblieben sind? Mein's Erachtens:

nein! Als Teil des sozialdemokratischen Aktionsprogramms hätte das Frauenwahlrecht eine Beachtung gefunden, die ihm als frauenrechtlicher Demonstrationserfordernis versagt blieb. Ein anderes ist es, ob hinter einer Forderung eine Gruppe bürgerlicher Ideologen steht oder das Proletariat als Klasse. Wäre bezüglich des Frauenstimmrechtes das letztere der Fall gewesen, so hätte es auch „ernst genommen“ werden müssen. Der Ernst der Gegner des sozialdemokratischen Forderungen gegenüber wird im letzten Grunde durch die Macht bestimmt, welche das Proletariat dafür einsetzt.

Hören wir Genossin Popp weiter, so konnte das Frauenstimmrecht nicht nur aus dem Wahlrechtskampfe ausgeschieden werden, sondern so mußte das zur Sicherung des allgemeinen Männerwahlrechtes geschehen. Der Artikel enthält jedoch meines Erachtens nicht eine Tatsache, nicht eine logische Gedankenreihe, auf welche sich die Annahme mit schlüssiger Kraft berufen könnte. Der Hinweis auf die Fähigkeit und Lücke der Gegner, auf die Schwierigkeiten, die Bedeutung und die Großartigkeit des Wahlrechtskampfes ist kein Beweis dafür. „Es mußte eben allen Machtfaktoren in Österreich eindringlich eingeschärft werden, daß es uns Ernst ist, bis ans Ende zu gehen, nicht mehr ohne vollen Erfolg den Kampf zu beenden. Daher ließen wir alles, was gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg hatte, unausgesprochen.“ Wollte die Sozialdemokratie die angeführte Auffassung zur Richtschnur ihrer Taktik erheben, so müßte sie sofort den Kampf für ihr Endziel abbrechen, denn dieser hat gegenwärtig „keine Aussicht auf Erfolg“, so müßte sie ganz in der kleinen „positiven“ Tagesarbeit aufgehen und sich aus dem Stürmer und Dränger Faust, der Himmel und Erde fassen will, in den verfaulten Reformphilister Wagner verwandeln, „der gierig mit der Hand nach goldenen Schätzen gräbt und froh ist, wenn er Regenwürmer findet“. Doch sehen wir von den logischen und geschichtlichen Konsequenzen einer Verallgemeinerung der Taktik der Erfolgsaussicht ab und bleiben wir bei dem speziellen Fall. Meines Dafürhaltens hat keineswegs der Verzicht auf wesentliche Teile des sozialdemokratischen Wahlrechtsprogramms die herrschenden Gewalten in Österreich von der ernstesten Entschlossenheit des Proletariats überzeugt, nicht ohne das allgemeine Wahlrecht aus dem Kampfe zurückzuführen. Das hat vielmehr die Kraft, das Ungeheime, die Ausdauer bewirkt, mit welcher das österreichische Klassenbewußte Proletariat in bewunderungswürdiger Weise diesen Kampf neuerlich aufgenommen hat, indem es die Frage der Wahlrechtsreform aus den Kabinetten der Minister und den Konventikeln der Parlamentarier in die Straße, unter die Massen trug. Genossin Popp's Überblick über die verschiedenen Stappen des Wahlrechtskampfes illustriert das recht deutlich.

Was den jeweiligen erreichbaren Siegespreis der sozialdemokratischen Wahlrechtskämpfe anbelangt, so wird er meiner Meinung nach um so vollständiger sein, je breiter die Grundlage ist, auf der das ringende Proletariat steht, je mächtiger es in der Folge zum Schlage auszuholen vermag. Die Breite und Festigkeit der Grundlage des Wahlrechtskampfes und seine Stoßkraft wachsen aber in dem Maße, als die Sozialdemokratie für ihr volles Wahlrechtsprogramm kämpft — die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die einundzwanzigjährigen Staatsangehörigen, die Einführung des Proporztes usw. usw. natürlich inbegriffen. Diese Voraussetzung läßt die Zahl der sozial Unterdrückten und Rechtlosen anschwellen, deren Interessen und Recht die Sozialdemokratie verteidigt; sie vermehrt daher den sozialdemokratischen Heerhaufen und steigert dessen Ausdauer und Begeisterung. Genossin Popp hat den Kampf für das volle sozialdemokratische Wahlrechtsprogramm einseitig nur unter dem Gesichtswinkel einer eventuellen Abschwächung des Wahlrechtsfeldzugs betrachtet. Das vielleicht nötige spätere Zurückziehen der Forderung des Frauenstimmrechtes aus dem parlamentarischen Kampfe wäre nach ihr „direkt eine Gefahr“ für den Ausgang des Wahlrechtskampfes gewesen. Es hätte ihrer Überzeugung nach „Zweifel an dem Ernste des Kampfes“ aufkommen lassen und den Anschein erwecken können, daß man „schließlich auch am allgemeinen gleichen Wahlrecht der Männer werde herumzögeln lassen“. Dieses Argument lehrt sich gegen Genossin Popp's Auffassung, sobald man den Tatsachen ins Antlitz schaut. Ebenjowenig wie andere große politische Kämpfe des Proletariats wird der österreichische Wahlrechtskampf in Wirklichkeit im Parlament entschieden. Seine entscheidenden Schlachten schlagen die proletarischen Massen außerhalb des Reichsrats. Wenn also das Zurückziehen eines Punktes des sozialdemokratischen Wahlrechtsprogramms aus dem Kampfe tatsächlich die charakterisierte Gefahr in sich schloße, dann müßte diese Gefahr schon, und zwar erst recht durch die von vornherein kampfslos erfolgte Ausschaltung wichtiger Wahlrechtsforderungen herausgeschworen werden.

Übrigens hat die Beschränkung des österreichischen Wahlrechtskampfes auf das allgemeine Männerwahlrecht, die Gegner keineswegs davon zurückgehalten, dem Proletariat den Erfolg wieder streitig machen zu wollen oder ihn wenigstens zu verkleinern. Es bedurfte der Drohung mit dem revolutionären Kampfesmittel des politischen Massenstreiks, um die stöckende Wahlrechtsreform in neuen Fluß zu bringen. Die Reaktion hat mittels einer durch und durch plutokratischen Wahlkreisgeometrie, welche die Steuerkraft eines Bezirkes mehr berücksichtigt als die Zahl seiner Wahlberechtigten, ein großes und böses Loch in das gleiche Männerwahlrecht geschnitten. Tatsächlich sind in der Folge zum Beispiel die böhmischen Textilarbeiter nicht gleiches Wahlrecht mit den böhmischen Grundbesitzern. Angesichts dieses und anderer „Schönheitsfehler“ des schwer errungenen allgemeinen Wahlrechtes könnte ich den Spieß umdrehen und mit der gleichen logischen Berechtigung wie Genossin Popp behaupten, die Be-

Schränkung des Kampfesziels habe den reaktionären Klassen den Boden zum erfolgreichen Herummäkeln an dem allgemeinen Männerwahlrecht gestiftet. Das Gesetz vom Parallelogramm der Kräfte setzt sich ja im allgemeinen auch im sozialen Leben durch. Wer nicht von den reaktionären Gewalten stromabwärts getrieben werden und unter dem ins Auge gefassten Ziel landen will, der muß seinen Kurs bekanntlich stromaufwärts über das Ziel hinaus halten. Womit ich nicht gesagt haben will, die österreichischen Genossen hätten mehr durchsetzen können, als was sie erreicht haben. Die fesselnde Schilderung des glänzenden Wahlrechtskampfes, die Genossin Popp gegeben, erweist deutlich, daß in demselben Kampf gegen Macht steht. Ich glaube, in meinem Referat nachgewiesen zu haben, daß die Aufrollung des vollen sozialdemokratischen Wahlrechtsprogramms und nicht seine Beschränkung die Macht des Proletariats in diesem Kampfe stärkt. Damit ist meines Erachtens auch die Frage nach dem taktischen Wert der Ausschaltung des Frauenstimmrechts aus dem Wahlrechtskampf beantwortet. Die Darlegung dieses meines Standpunktes enthält nicht einen Satz, der nach Inhalt oder Form die österreichischen Genossinnen verletzen könnte. Dagegen war es mein Recht als Kämpferin, meine Pflicht als Beauftragte der deutschen Genossinnen, die Gründe zu entwickeln, auf die wir uns berufen, um den österreichischen Genossinnen zu sagen: Eure Taktik darf und wird nicht die unsere sein!

Klara Zetkin.

Von der sozialistischen Frauenbewegung in Italien.

Die sozialistischen Frauen Italiens besaßen bisher noch keine einheitliche Organisation. Wohl waren in den Jahren ungeheurer rascher Wachstums der italienischen sozialistischen Partei, welche unmittelbar auf die Reaktionszeit von 1898 bis 1899 folgten, an vielen Orten sogenannte „Circoli socialisti femminili“ (sozialistische Frauenvereine) entstanden, die in kurzer Frist ansehnliche Mitgliederzahlen aufbrachten. Es hatten sich auch eine ganze Reihe von Gewerkschaften mit nur weiblichen Mitgliedern gebildet („Leghe femminili“). Jedoch alle diese Vereinigungen hatten keinerlei Fühlung miteinander, und der größte Teil derselben löste sich nach kurzem Bestehen wieder auf, weil es an führenden, geschulten Frauen fehlte, die die Bewegung wach zu erhalten imstande gewesen wären, und weil eben jeder organisatorische Zusammenhang fehlte. Auch von den zahlreichen, sporadisch hier und da auftauchenden sozialistischen Frauenzeitschriften hat sich keine am Leben erhalten können. Das einzige sozialistische Propagandablatt für Frauen in italienischer Sprache, „Su, Compagne“, erscheint im Ausland, in Lugano, unter der Leitung der Genossinnen Angelica Balabanoff und Maria Giudice. Und doch haben gerade die italienischen Frauen für die Sache des Proletariats schon manchen Sturm ausgefochten, schon manchen Kampf zum Siege geführt — man denke nur an die heldenmütigen Streiks der Tabakarbeiterinnen und zumal an die alljährlich sich wiederholenden Kämpfe der Reisarbeiterinnen in Bolognese, die mit nie erschlassendem Enthusiasmus immer von neuem Hunger und Entbehrungen auf sich laden, um sich, ihren Arbeitgebern zum Trotz, ein wenigstens etwas menschenwürdigeres Dasein zu schaffen. Wenn auch die italienische Proletarierin durchschnittlich auf einer noch niedrigeren Kulturstufe steht als ihre deutsche Klassengenossin, so besitzt sie doch einen großen natürlichen Schatz von Aufopferungsfreude und Begeisterungsfähigkeit, so daß sie — trotz aller geistigen Armut — im Joch der Kirche — den großen Idealen des Sozialismus wohl zugänglich ist. Auch ist bereits seit Jahren eine kleine Schar tüchtiger Arbeiterinnen in Italien an der Arbeit, nur fehlte bisher noch jeglicher Zusammenhang, jegliche einheitliche Leitung.

Schon im Jahre 1903, vor dem sozialistischen Parteikongress von Triola, stellte Genossin Ersilia Majno (Mailand) bei der Parteileitung den Antrag, die Gründung einer nationalen sozialistischen Frauenorganisation auf dem Parteitag zur Sprache zu bringen. Der Antrag wurde damals mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß ja den sozialistischen Frauen in Italien die Gesetzgebung kein Hindernis in den Weg lege, wenn sie in die Organisationen der Männer eintreten wollten, und daß deshalb eine besondere Frauenorganisation gar nicht nötig sei. Inzwischen jedoch ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß es vom agitatorischen Standpunkt aus notwendig wäre, eine Zentrale zu schaffen, von der aus in systematischer und einheitlicher Weise unter den Frauen die Aufklärungsarbeit gepflegt werden könne, die doch mit mancherlei Faktoren zu rechnen hat, welche bei der Agitation unter den Männern gar nicht oder weniger in Betracht kommen. Und in diesem Jahre ist denn nun ein erster Versuch gemacht worden, eine solche Zentrale zu bilden.

Die Genossinnen Angelica Balabanoff (Lugano) und Linda Malnati (Lehrerin in Mailand) hatten nämlich im Einverständnis mit dem Parteivorstand durch einen Aufruf im sozialistischen Zentralorgan „Avanti“ alle sich als Sozialistinnen betrachtenden Frauen in Italien gelegentlich des diesjährigen Parteitags (7. bis 10. Oktober) zu einer Zusammenkunft nach Rom eingeladen. Leider war jedoch die Zahl der erschienenen Genossinnen nur eine sehr geringe, hauptsächlich wohl wegen der ungünstigen geographischen Lage Roms, weit entfernt von den norditalienischen Industriezentren und den Reisfeldern der Poebene, wo in Italien allein einzelne Häuflein politisch aufklärter Frauen zu finden sind. Auch die in der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung hervorragenden Frauen fehlten: Anna

Kulischoff, die berühmte Vorkämpferin des Marxismus, Anna Maria Mozzoni, eine der ersten und geistig bedeutendsten Agitatorinnen, Veda Rafanelli-Palli, ehemalige Seherin, jetzt sozialistische Novellistin mit starkem revolutionärem Empfinden, Argentina Altobelli-Bonetti, Sekretärin der Landarbeiterorganisation, die unermüdbliche Organisatorin der Reisarbeiterinnen von Molinella. Im ganzen waren in den drei abendlichen Sitzungen etwa 20 Genossinnen versammelt, deren Arbeit natürlich nur eine sehr provisorische sein konnte. Man beschränkte sich bei dieser ersten Zusammenkunft darauf, zunächst wenigstens einen praktischen Anfang mit der Frauenorganisation zu machen; von theoretischen Debatten wurde von vornherein abgesehen.

Genossin Maria Cabrini (bekannte Agitatorin und Schriftstellerin, früher Herausgeberin einer gewerkschaftlichen Zeitschrift und Arbeitersekretärin in Mailand) unterbreitete den versammelten Frauen eine Anzahl Vorschläge, welche nach kurzen Debatten zur Annahme gelangten. Demzufolge wird zunächst ein aus fünf Genossinnen bestehendes Komitee in Mailand gegründet werden, welches die Organisation einer planmäßigen sozialistischen Agitation in die Hand nehmen soll, unterstützt von einer Reihe berichtender Genossinnen (etwa unseren deutschen Vertrauenspersonen vergleichbar) in einzelnen Orten, wo die sozialistische Bewegung unter den Frauen bereits Anhängerinnen besitzt. Die Genossinnen Linda Malnati, Maria Cabrini und Maria Gioia, die Abgesandte der Molinellaer Reisarbeiterinnen, wurden beauftragt, die Komiteemitglieder zu wählen, und diese wiederum sollen ihrerseits das Recht erhalten, ihre Korrespondentinnen zu ernennen.

Ferner wurde noch der Beschluß gefaßt, dem Anerbieten der Genossin Angelica Balabanoff Folge zu leisten und die bisher in ihrem persönlichen Besitz befindliche Wochenzeitung „Su, Compagne“ (Auf, Genossinnen) als offizielles Organ des zu gründenden Frauenkomitees zu übernehmen.

Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß die italienische sozialistische Parteileitung den Organisationsbestrebungen der Genossinnen sehr freundlich gegenübersteht und sie auch, soweit sie — allerdings in Italien leider ziemlich schwachen — finanziellen Mittel reichen, tatkräftig unterstützen wird. Daß dies geschieht und daß die sozialistische Frauenbewegung sich auch in Italien kräftig entwickelt, dafür liegt ein gutes Anzeichen vor. Auf dem diesjährigen Parteitag ist zum erstenmal auch eine Frau, die bereits erwähnte Argentina Altobelli-Bonetti, unter großem Beifall des gesamten Kongresses in den Parteivorstand gewählt worden.

Gisela Michels-Lindner.

Wenn die Frauen erwachen!

Hoch oben in den Berggütern der „Moos“ des badischen Schwarzwaldes, wo die Regionen der Stechpalme und des Wacholders beginnen, hat ein Sprosse des alten Feudaladels, ein Herr v. Selteneck, große Waldungen. Schemals waren dort zwei große geschlossene Hofgüter, der Mooshof und die sogenannte „Hölle“. Diese wurden von dem Freiherrn aufgekauft und die Felder zu Hochwaldungen angelegt.

Die Arbeit in den „Kulturen“ verrichten fast ausschließlich weibliche Arbeiter, die sich aus jüngeren Mädchen oder armen Witwen rekrutieren. Ihre Wohnstätte liegt meist 1 bis 1½ Stunden talab von der Arbeitsstelle. Dort haben sie pünktlich um 6 Uhr früh anzutreten und des Abends zur gleichen Stunde dürfen sie wieder heimwärts ziehen. Die meisten Arbeiterinnen müssen sich bald nach 4 Uhr morgens auf den Weg machen, und das Abendglocklein hat geklungen, wenn die Mädchen den häuslichen Herd erreichen. Gegen sechs zehn Stunden schwerer Arbeit sind geleistet worden. Die Arbeitsstellen liegen am sonnegeländeten Felsenstein; da heißt es sich bücken, um die kleinen Tannen- und Eichenpflänzlein zu „schulen“, da muß das Wasser in Kannen und Eimern halbe Stunden weit herbeigeschleppt werden, um die dürstenden zu begießen! — Für diese lange, schwere Fron erhielten die Arbeiterinnen lange nicht mehr als 1,50 Mk. pro Tag ohne Kost; das Krankengeld ging auch noch ab.

Die Arbeiterinnen sahen ein, daß der Lohn kaum hinreichte, die Kleidung zu ersetzen, die durch Dicht- und Dorngerist. Sie baten den Freiherrn um eine Lohnaufbesserung. Ganze 20 Pf. wurden ihnen bewilligt, und die Arbeiterinnen gaben sich wieder für lange Zeit zufrieden. Es waren immer einige unter ihnen, die nicht wagten vorzugehen und dadurch den Weg zur gemeinsamen Lohnbewegung versperrten.

Da beginnen die Lebensmittelpreise zu steigen, und der sarge Lohn reicht nicht mehr zum notwendigsten Lebensunterhalt. Das Jubiläum des Landesfürsten naht, und da glauben die Fleißigen, das Herz des Freiherrn werde besonders gerecht und milde gesinnt sein! — Sie stehen zusammen und beantragen eine zehnprozentige Lohnerhöhung! — Die Antwort, die ihnen wurde, ließ keinen Zweifel an der gütig-wohlwollenden Gesinnung des freiherrlichen Arbeitgebers aufkommen! — „Mehr kann ich nicht geben, seid ihr nicht zufrieden, dann lasse ich Italienerinnen kommen, die sind billiger. Abirgen wißt ihr Bauern auch, was ihr für die Schweine fordern wollt!“ — Bei dieser Antwort blieb es.

Das ganz Unerwartete traf ein. Arbeiterinnen, die jeder Organisation fern, ihr sogar feindlich gegenüberstanden, sie wurden aufgerufen aus ihrer lethargie, sie erklärten sich solidarisch, sie legten die Arbeit gemeinsam nieder, und sie streikten bis auf weiteres.

Dieser Vorgang ist ein verheißungsvolles Symptom für die Bewegung der ländlichen Arbeiter. Wenn die Frauen,

die in Wald und Feld fronden, von selbst erwachen, dann muß es voran gehen mit unserer Bewegung, auch unter dem ländlichen Proletariat, dann wird die Pionierarbeit leicht! Vorwärts! —

Wir wollen sehen, ob Herr v. Selteneck seine Drohung wahr macht! Wir zweifeln daran, denn die Töchter des Südens können in unseren Schwarzwaldbergen weder auf die Dauer nächtigen, noch sich von Tannenzapfen und Schwämmen ernähren! Wenn unsere Arbeiterinnen fest bleiben, so werden sie auch hier den Herrenübermut beugen! m. g.

Eine freie Schule vor fünfzig Jahren.

Unter den Fragen, die den diesjährigen Parteitag beschäftigten, waren wohl die Schul- und Erziehungsfragen von größtem Interesse für uns Frauen. Nicht auf die Fragen selbst möchte ich in diesem Aufsatz zurückkommen, sie sind ja von berufener Seite eingehend erörtert worden. Aber wie mir selbst die Erinnerung kam an eine Frau, die vor mehr als fünfzig Jahren ähnliche Ideale verfolgte, wie sie jetzt erstrebt werden, so möchte ich auch anderen von dieser Frau erzählen, die ihr ganzes Leben lang erzieherisch wirkte, und die uns in ihren Memoiren von einer Anstalt berichtet, die den heutigen Wünschen für Erziehung und Unterricht in vielen Punkten entspricht. Leider mußte diese Anstalt wie so vieles andere im Kampfe um die Freiheit untergehen, der in unseren Tagen erfolgreicher und zielbewußter wieder aufgenommen worden ist.

Die Frau, von der ich spreche, Malvida v. Meysenbug, stammt aus Kreifen, in denen sie von früher Jugend an mit ihren Interessen und Idealen in Konflikt kam. Mit glühender Begeisterung folgte sie den Kämpfen des Jahres 1848 und litt sehr unter dem Zusammenbruch der Freiheitsbewegung und dem Triumph der Reaktion. Selbst aufgezogen in all den Vorurteilen der damaligen Zeit und nur ausgerüstet mit der mangelhaften Bildung, die namentlich den Mädchen auch in vermögenden Häusern zuteil wurde, trachtete sie vor allem danach, diese Bildung zu vervollständigen. Ihr durch das Studium Feuerbachs veranlaßter Bruch mit der Religion, ihre Lektüre der frühelischen Schriften und ihr Verkehr mit verschiedenen Demokraten brachten sie in solchen Widerstreit mit ihren Angehörigen, daß sie Wohlstand und Schutz des Elternhauses verließ, um sich zu einer freien Persönlichkeit zu entfalten. Die Erweiterung ihrer Bildung suchte und fand sie in einer Hochschule für das weibliche Geschlecht, in welcher den Mädchen dieselben Mittel zur geistigen Entwicklung geboten wurden, wie die Universitäten sie für die jungen Männer bieten. Da der Staat damals noch weniger wie jetzt Mittel für derartige Anstalten gewährte, war die Hochschule von einigen mutigen Frauen in einer der norddeutschen Hansestädte unter dem Schutze des kleinen Freistaats ins Leben gerufen worden. Die ökonomische Unabhängigkeit der Frau möglich zu machen durch ihre Entwicklung zu einem geistig freien, selbständig denkenden Wesen, das sich seinen Fähigkeiten gemäß zur eigenen Befriedigung und zum Nutzen der Allgemeinheit zu betätigen vermag, das war das Prinzip, auf welches die Anstalt gegründet war. Gleiche Rechte sollten der Frau wie dem Manne zustehen, und um den Besitz dieser Rechte und die damit verbundene Freiheit der Frau zum Segen zu gestalten: Bildung. Unter den Hörerinnen der Hochschule befanden sich viele Freischülerinnen, denn es war ein Hauptzweck der Anstalt, dieselbe Wohlthat der Bildung ohne Unterschied Armen wie Reichen zu gewähren. Auch Kindergärtnerinnen sollten ausgebildet werden nach dem System, das Fröbel geschaffen hatte und das leider später durch Unwissenheit und bösen Willen so häufig entstellt worden ist und wird. Von großem Interesse scheint mir, daß in dieser Anstalt, die Menschen aller Klassen vereinigete, nicht die zufällige Stellung, die jemand in der Welt einnahm, geschätzt wurde, sondern der persönliche Wert eines jeden, und daß, wer die Freiheit und Gleichheit der Hochschule erwarb, auch den Bruch mit der Landeskirche vollzog. Malvida v. Meysenbug selbst führte in die Anstalt eine Anzahl Neuerungen ein, die ihr für die Entwicklung der Individualität erforderlich schienen, als erste davon die Vereinigung von Kopf- und Handarbeit. Nicht nur der Geist, auch der Körper sollte sich entwickeln, und die Bewohner der Anstalt verrichteten daher selbst alle häusliche Arbeit, wie Zimmer reinigen, Wäsche waschen usw. Sie sollten dadurch auch praktisch lernen, daß auch die niedrigste Arbeit, sobald sie Pflicht ist, den Menschen ehrt.

Sobald Malvida sich die nötigen Kenntnisse erworben, suchte sie diese praktisch zu verwerten. In ihrem Kopf entstand schon damals der Plan einer konfessionslosen Gemeindeschule. Die Schule sollte sich selbst erhalten, das Schulgeld nach den Mitteln der Eltern bestimmt werden; wenn auch der Reiche mehr zahlte wie der Arme, sollten doch alle Vorteile der Bildung jedem Jüdling gleichmäßig zugute kommen. Ein anderes wichtiges Prinzip dieser Gemeindeschule war das des gemeinsamen Unterrichtes von Knaben und Mädchen, wenigstens in den Elementarklassen. In den höheren Klassen sollte der Unterricht getrennt erteilt werden, jedoch den Mädchen genau denselben Wissensstoff vermitteln wie den Knaben. Die Religion war völlig aus dem Unterricht ausgeschlossen. Die Schule sollte nur unterrichten und das sittliche Gefühl wecken durch wahre Bildung, durch die Erweckung humaner Anschauungen und die Vorführung edler Beispiele; sie sollte dadurch das Individuum auf seine Pflichten in Gesellschaft, Familie und Staat vorbereiten.

Leider konnte diese Schule nicht oder nur für sehr kurze Zeit ins Leben gerufen werden. Die Frauenhochschule, von der sie ausging, erlitt von seiten Preußens und der Kirche so viele Anfechtungen, daß der kleine Freistaat sie nicht

mehr schützen konnte. Freiwillig beschlossen die Gründer ihre Auflösung, überzeugt, daß die Gedanken, die sie gepflanzt, nicht sterben konnten. So schieden sie als Sieger, nicht als Besiegte. Langsam ist die Saat, die sie gesät, aufgegangen, in neuerer, besserer Form geht endlich die verfochtene Idee der Reife entgegen zum Segen für die ganze Menschheit.

Die weiteren Schicksale von Malwida v. Meynsburg gehören nicht hierher. Die edle Frau mußte, wie so viele andere, jahrelang in der Verbannung leben. Zu ihren Freunden gehören viele der besten Menschen jener Zeit. Da sie nicht mehr öffentlich ihren Reformplänen leben durfte, hat sie versucht, im kleinen Kreise erzieherisch zu wirken. Der modernen sozialistischen Bewegung blieb sie fremd, es gibt jedoch viele Berührungspunkte zwischen deren Idealen und den Zielen, für welche Malwida gekämpft hat. In ihrem späten Lebensabend durfte diese sich sagen, daß sie nicht umsonst gekämpft und gelitten hat, daß ihre Lebensarbeit keine verlorene gewesen ist, denn sie hat dem Fortschritt, der Freiheit gebietet.

Anna Bloß.

Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland.

Von Klara Zetkin.

(Fortsetzung.)

Der Kongress verlegte den Sitz der Gewerkschaften anter Berücksichtigung der vereinsgesetzlichen Verhältnisse nach Splingen in Württemberg, den Ausschuss nach Crimmitschau. Crimmitschau war der Mittelpunkt des Verbandslebens, seine Seele war Motteler. Die Organisation baute sich auf der Grundlage des Unterstützungswesens auf. Sie gewährte Unterstützung bei unverschuldeter Arbeits- und Erwerbslosigkeit, Unterstützung und Rechtsschutz bei Bedrückungen und ungerechtfertigten Anforderungen der Arbeitgeber und Behörden und Wanderunterstützung aus einer allgemeinen Kasse. Jedes Mitglied war verpflichtet, an seinem Aufenthaltsort einer Krankenkasse anzugehören, zwischen den verschiedenen Kranken- und Unterstützungskassen sollte „Freizügigkeit“ herbeigeführt werden, das heißt der kostenlose Übertritt der Mitglieder im Falle des Ortswechsels. Die Gründung weiterer Krankenkassen usw. wurde vorgesehen. Das Unterstützungswesen — darüber ließen die Verhandlungen des Kongresses wie alle späteren Generalversammlungen keinen Zweifel — war gleichzeitig Selbstzweck und Mittel zum Zweck. Es sollte die Textilarbeiter gegen die schlimmste Unbill des ausbeutenden Kapitalismus schützen und diese dadurch verteidigungs- und kampffähig gegen diesen selbst halten. Es sollte durch materiellen Beistand bei Kämpfen und Lohnbewegungen den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen erleichtern, wie dies die Genossenschaft außerdem durch „Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens, der Frauen- und Kinderarbeit“ erstrebte. Es sollte einen festen, materiell bindenden Sammelpunkt schaffen, der Träger der Klassenkampfbewegung war, von dem aus das Ideelle, Fruchtbare von der Erkenntnis der Klassengegensätze verbreitet wurde.

Ziffern erzählen von den Bemühungen, die Frauen für die Gewerkschaft zu gewinnen, und der verbenden Kraft der entsfalteten Agitation. Als auf der ersten Generalversammlung zu Crimmitschau am 9., 10. und 11. Juli 1870 Wilhelm Stolle, einer von unserer alten Garde, der heute noch kämpft, den Bericht gab, konstatierte er, daß der Organisation „6000 bis 7000 Mitglieder angehörten, davon ein Sechstel weiblichen Geschlechtes“. Seinen Angaben lagen die Ergebnisse von Fragebogen zugrunde, die auch Auskunft über die Zahl der weiblichen Mitglieder verlangt hatten. Die Befriedigung über den weiblichen Mitgliederstand fand ihren Ausdruck in einer bezeichnenden Redewendung, die seit der Crimmitschauer Generalversammlung aufkam. Man nannte die Gewerkschaft „die Mutter mit den fünf Söhnen“. Das wichtigste Resultat der Crimmitschauer Beratungen war die Gründung einer Krankenkasse der Gewerkschaften. Sie erfolgte unter Berücksichtigung der Interessen der Frauen und im Hinblick auf ihre Organisation.

Nach Seiten der Pflichten und Rechte hin kannte das Statut nur gleichgestellte Mitglieder ohne Unterschied des Geschlechtes, zeigte aber bereits einen bescheidenen Anfang zum gebührenden Sonderchutz, dessen die Proletarierin als Mutter bedarf. Wenn weibliche Mitglieder nach der Niederkunft länger als neun Tage krank waren, so sicherte es ihnen vom zehnten Tage an die Krankenunterstützung zu; diese wurde vom ersten Tage der Entbindung an gewährt, sofern ärztlicher Beistand erforderlich gewesen war. Das Referat über die Krankenkassenfrage wurde von Robert Seidel erstattet, der damals als Weber in den vordersten Reihen des kleinen Jähnleins klassenbewußter sächsischer Arbeiter stand, wie er heute als geachteter Pädagog und Schriftsteller unermüdblich für die sozialistische Weltanschauung kämpft. Er beleuchtete die sozialen Wurzeln der Krankheiten im Proletariat, bezeichnete es als eine Hauptaufgabe der Krankenkassen, den Krankheiten durch Aufklärung über ihre Ursachen entgegenzuwirken, und tadelte, daß die Kassen teilweise die Frauen ausschließen. Motteler empfahl ausdrücklich, die Krankheiten der Frauen gehörend zu berücksichtigen. Um den Proletarierinnen den Beitritt zur Krankenkasse zu erleichtern, dabei aber die Ausbreitung der Stammesgenossenschaft zu fördern, beschloß die Generalversammlung: „Wer Mitglied der Krankenkasse werden will, muß auch Mitglied der Gewerkschaft sein; Frauen von Mitgliedern brauchen jedoch nur Mitglieder der Krankenkasse zu werden.“

Für die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung aber ist es das bedeutendste Ereignis der Crimmitschauer

Tagung, daß eine Proletarierin als Gleiche unter Gleichen für ihre Klassen- und Geschlechtsgenossinnen die Stimme erhob. Frau Christiane Peuschel, welche die Gründung der Gewerkschaft mit in die Wege geleitet hatte, nahm als Mitglied des Lokalkomitees an der Generalversammlung teil. Sie befürwortete die Gewährung von Krankenunterstützung bei längerer als neuntägiger Dauer des Wochenbets. Aus der Erfahrung ihrer proletarischen Existenz heraus wendete sie sich gegen die fiskalische-mistrauische Meinung, die Frauen würden durch lange Inanspruchnahme des Bonums die Kasse brandschlagen. Sie betonte, daß „den Frauen hauptsächlich darum zu tun sei, ihre Wirtschaft so bald wie möglich wieder versorgen zu können“.

Trotz der Schwierigkeiten und Gefahren, welche die politische Situation in der nächsten Zeit für die Internationale Gewerkschaftsgenossenschaft schuf, ergänzte diese ihre Tätigkeit durch die Bemühungen, im Sinne der Internationale aufklärend und vorwärtstreibend innerhalb anderer Organisationen und Strömungen zur Sammlung und Hebung des Textilproletariats zu wirken. Delegierte der Gewerkschaften nahmen hervorragenden Anteil an den beiden Weberinnungskonferenzen, an dem ersten deutschen Webertag zu Glauchau und dem zweiten zu Berlin, der zur Gründung des Deutschen Weber- und Manufakturarbeiterverbandes führte. In Gemeinschaft mit den Genossen Lassalleischer Richtung — von denen sie sich in der Hauptsache nur durch das stärkere Hervorheben der Notwendigkeit internationaler Organisation unterschieden — traten sie vor allem jeder günstigen Beschränkung entgegen und suchten den kleinmeisterlichen Standesdünkel durch das proletarische Klassenbewußtsein zu verdrängen. Sie waren es vor allem, welche die wieder und wieder auftauchende Neigung bekämpften, die organisierten Textilarbeiter für die Abschaffung der industriellen Frauenarbeit zu mobilisieren. Die maßgebende Entscheidung, auf welche spätere Tagungen zurückgegriffen wurde in Glauchau (28. bis 30. März 1871) gefaßt, dies aber sicherlich unter dem Eindruck der wohlbegründeten Auffassung wie des Beispiels der Internationalen Gewerkschaftsgenossenschaft. Frau Peuschel, welche von den Crimmitschauer Gewerkschaften als Delegierte zum ersten Webertag entsendet war, wendete sich gegen das Verlangen nach Beseitigung der Frauenarbeit. Gegen ihre verderblichen Begleiterscheinungen rief sie zur internationalen Organisation auf und forderte dabei die Einbeziehung der weiblichen Arbeiter als Gleichberechtigte in die Genossenschaften und Gewerkschaften, gleichen Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechtes und einen gesetzlichen Normalarbeitstag. Genossin Peuschel beteiligte sich auch an der Debatte, um den Antrag Bebel zu befürworten, daß es „bringende Pflicht der Arbeiter sei, Gemäßregelte materiell und moralisch zu unterstützen“. Ihre Ausführungen fänden unzweifelhaft die Schule der Internationale. Sie erweisen des weiteren, daß die Internationale Gewerkschaftsgenossenschaft Kämpferinnen umschloß, die den Männern nicht bloß gleichberechtigt, sondern auch ebenbürtig an Fähigkeiten und Schulung waren. Denn wahrlich, an sachlichem Wert, an Klarheit, Bestimmtheit und Logik des Gedankens übertrafen Frau Peuschels Ausführungen die Reden zahlreicher männlicher Delegierter und stellten sich denen der geschultesten Köpfe ebenbürtig zur Seite. Der Vorkämpferin der klassenbewußten Proletarierinnen gebührt ein gut Teil des Verdienstes, daß entgegen dem Antrag Malech auf Verbot der Frauenarbeit die Resolution Bebel zur Annahme gelangte, welche besagt: „Es ist Pflicht der Fachgenossen, dahin zu wirken, daß die Frauen in den Fabriken und Werkstätten mit in die Gewerks- und Fachorganisationen als gleichberechtigt eintreten, und es dahin zu bringen, daß die Löhne der Frauen und Männer gleichgestellt werden.“ (Fortf. folgt.)

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Anschluß an den Parteitag hielt Unterzeichnete in Bayern eine Reihe Versammlungen ab, deren Verlauf Zeugnis davon ablegt, wie in dieser Domäne des Zentrums mehr und mehr die Einsicht Platz greift, daß nicht Beten das Elend beseitigt, sondern der Sozialismus allein die Befreiung aus dem Joche der Lohnflaverei und der Unwissenheit bringen wird. Nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen treten mehr und mehr in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Die Versammlung in Penzberg, einem Bergarbeiterort, war ein gutes Omen für die geplante Agitationstour. Bei dem Wort Bergarbeiter tritt ein Bild des Elends vor das geistige Auge. In Penzberg haben wir dieses Bild in handgreiflicher Wirklichkeit. Die eiförmigen, jeden Schmutzes entbehrenden Werkhäuser, die armselig gekleideten unbeschulten Kinder, die früh gealterten Frauen, die ausgemergelten Männergestalten mit den schweligen Händen, die vom Aufferer zum Unterschied von den Händen der „Serren“ mit „Pranken“ bezeichnet werden, sprechen deutlich von dem jammervollen Leben, welches das Proletariat hier führt. Die Kohlenfortierinnen, darunter ganz junge Mädchen, sind den ganzen Tag in dicke Wolken Kohlenstaubes gehüllt, und fronden für erbärmlichen Lohn. Kürzlich hat ein geschickt durchgeführter Streik diesen Arbeiterinnen Lohnaufbesserung und manche anderen Vorteile gebracht. Die energische Leiterin des Streiks, die nach Beendigung desselben auf die Innehaltung der Abmachungen hielt, mußte als „Aufheberin“ büßen, sie wurde entlassen. Das tüchtige junge Mädchen bleibt am Orte, es „wählt“, läßt weiter auf und organisiert. Die gewerkschaftliche Organisation hat im letzten Jahre in Penzberg bedeutende Fortschritte gemacht, die Versammlung, die am Sonntag nachmittags bei herrlichem Wetter stattfand, war sehr stark

befucht und prächtig in ihrem Verlauf; sie führte der Gewerkschaft neue Mitglieder, wie der Partei neue Anhänger und Anhängerinnen zu. Die folgenden Versammlungen in Augsburg und Lechhausen hatten beide ein gleich gutes Resultat. Beide Orte sind eine Domäne der Textilindustrie. In Augsburg wurde das Thema behandelt: „Niedere Arbeitslöhne, hohe Lebensmittelpreise, mindere Rechte“, in Lechhausen: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen das moderne Raubrittertum“. Das letztere war für die Verhältnisse in Lechhausen allzu passend. Es scheint unmöglich, die Arbeiterklasse noch mehr auszurauben, als es hier geschieht. Frauenarbeit ist in der Textilindustrie bekanntlich überwiegend. Bei Löhnen, die für Anfänger 80 Pf. täglich betragen und dann bis 1,30 M. steigen, für die Männer in seltenen Fällen bis zu 2 M., müssen die Leute mit einer Nahrung fürlieb nehmen, die oft schlechter ist als Hundestut. Zum Kochen eines ordentlichen Mittagessens fehlen Zeit und Mittel. Manche kaufen in einer Kantine für 10 Pf. eine sich Suppe nennende Flüssigkeit; andere wieder ziehen das bayerische Nationalgericht, in Bier gebrochtes Brot vor. Arbeiterinnen, die über die niedrigen Löhne klagen, antwortete der Werkführer jynisch, sie möchten statt des Bieres Wasser zum Brot nehmen, dann hätten sie jedesmal 12 Pf. gespart und kämen zu etwas. Die zum proletarischen Klassenbewußtsein erwachten Frauen in Lechhausen arbeiten im besten Einvernehmen mit den Genossen rühlig an der Aufklärung der Massen. Die Versammlung hatte für Gewerkschaft und Partei gute Erfolge. Einige Frauen, die bei den „Hirschen“ organisiert sind, bestellten die „Gleichheit“. Hoffentlich wird die Lektüre derselben bewirken, daß sie ganz die Unseren werden. Die Augsburger Verhältnisse gleichen den Lechhausener sehr. Damit die Leute ihr Joch geduldig weiter tragen, wird an den Fabriksausgängen vom Portier den heimgehenden Arbeitern die sogenannte „schwarze Tante“, das Zentrumsblatt in die Hand gedrückt. Alles dies hilft auf die Dauer nicht mehr, dem sozialistischen Gedanken den Eingang in die Köpfe und Herzen zu wehren. Eine am Tage nach der Versammlung abgehaltene Besprechung mit den Augsburger und Lechhausener Genossinnen zeigte, welche große Anzahl intelligenter Frauen bereits eifrig und dauernd tätigen Anteil an der Agitations- und Organisationsarbeit nimmt. — In München wurde nun in der Versammlung vom 4. Oktober nach einem Referat über die Frauenkonferenz in Mannheim eine Vertrauensperson gewählt. In einer später stattgefundenen Aussprache mit Genossinnen, der auch einer der leitenden Genossen beiwohnte, wurden die für die Agitation nötigen Maßnahmen erörtert. Die Hilfe der Münchener Genossen ist den Genossinnen sicher. Wenn die Vertrauensperson es versteht, zu Mitarbeit eine Anzahl der recht intelligenten Frauen heranzuziehen, so wird auch hier die Bewegung bald gute Fortschritte machen. In Reichenhall fiel die Versammlung prächtig aus. Dem Fabrikarbeiterverband sowie anderen Gewerkschaften wurde eine erhebliche Anzahl Mitglieder zugeführt, auch die Partei gewann neue Anhänger. Um der „Gleichheit“ Eingang zu verschaffen, wird der Vertrauensmann eine Anzahl bestellen und sie durch die Kolportiere verschleifen lassen. Das behandelte Thema: „Niedere Löhne, hohe Lebensmittelpreise und mindere Rechte“ paßte auch für das herrlich gelegene Reichenhall. Der Arbeiter hat hier während der schönen Sommerzeit weder Beschäftigung noch Brot, er mag sich von dem himmlischen Manna nähren, das ihm die Priester versprechen. Im Frühjahr wandern diese Proletarier fort, um erst im Herbst an den heimatischen Herd zurückzukehren, denn dann müssen alle Bau- und Straßenarbeiten ausgeführt werden, damit der erholungsbedürftige Bourgeois bei beginnender Saison alles wohlgeordnet vorfindet. Im Sommer gehört Reichenhall den Reichen, die hier Leib und Seele erfrischen können. Durch die Sommergäste mögen den Hotels reiche Einnahmen zufließen, der Arbeiterklasse wird die Nahrung aber noch mehr verteuert. Das Proletariat lernt in der Folge dieser Verhältnisse auch hier die Klassengegensätze begreifen, es wird begehrlieh. In absehbare Zeit hofft man, eine Vertrauensperson ausfindig zu machen, welche die Aufklärungsarbeit unter den Frauen des arbeitenden Volkes systematisch betreiben wird. Trotz der für den Ort gut besuchten Versammlung sah es in Ingolstadt weniger hoffnungsvoll aus. Die ganze Bewegung steckt hier noch in den ersten Kinderstufen. In dem sehr schwarzen Regensburg dagegen hat unsere Genossin Hagen bereits einen Stamm von tüchtigen Genossinnen herangebildet, die ihr bei allen Veranstaltungen, beim Werben von Gleichheitsleserinnen usw., hilfreich zur Hand gehen. Die von Genossin Hagen veranstaltete Volksversammlung war von Männern und Frauen so stark besucht, wie man es noch nie gesehen. Von Not und harter Arbeit zeugten die Gestalten der Anwesenden. Das Wunder, Regensburg ist die Ausbeutungsdomäne des Herrn v. Pletten, der die Glückseligkeit seiner Landarbeiter preist, die mit dem horrenden Lohn von 1,20 M. auskommen. Die Industriearbeiter der Gegend wollen mit 2 M. nicht zufrieden sein. Auch die bisher frommen, blind glaubenden Lohnflaven werden unzufrieden und ihrer Klassenlage bewußt. Die letzte Versammlung hat dazu beigetragen, Kampfesmut zu erwecken und zu stärken, Gewerkschaft und Partei gewonnen durch sie. Dem Morgenrot des Sozialismus müssen auch in Bayern die schwarzen Nachtdögel weichen. Im Proletariat erwachen die Geister, sie lernen erkennen und verstehen. Männer und Frauen treten zusammen zum gemeinsamen Kampfe, der das Elend überwinden und die Menschheit befreien wird.

Ottillie Baader.

Genossin Lungwitz referierte in letzter Zeit für Frauenbildungsvereine in Rixdorf, Spandau, Seipensee, Eberswalde, Pankow, Reinick-

dorf=West, Köpenick und Luckenwalde, für die Organisationen der Glas-, Hut- und Textilarbeiter und -arbeiterinnen in Weißwasser, Brandenburg a. d. Havel, Neugersdorf, Ebersbach, Baugen, Gibau, Ostrik, Olbersdorf, Herbigsdorf, Leutersdorf, Seiffenherndorf, Löbau und Reichenau sowie in Volksversammlungen zu Ullersdorf, Johndorf, Bertelsdorf, Reichenau, Zittau, Parthau, Hdrnik, Großschöna und Finsterwalde. Sie erörterte die folgenden Thematika: „Die wirtschaftliche und politische Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft“, „Die wirtschaftlichen Kämpfe und die Frau“, „Der Kampf ums Dasein“. Mit Ausnahme der Versammlung der Glasarbeiter in Weißwasser und einiger Veranstaltungen des Textilarbeiterverbandes entsprach der Besuch den gehegten Erwartungen. In Ostrik verfiel die Versammlung der polizeilichen Auflösung, weil die Referentin in ihrem Schlusswort kritisierte, daß der überwachende Beamte einem Ausländer das Wort entzogen hatte, welcher in der Debatte im Sinne der Referentin sprach. Ebenso ereilte die Versammlung in Reichenau durch ihre Auflösung ein schnelles Ende, wo die Polizei die Worte der Rednerin als zu scharf erachtete. Mit einem sehr starken Aufgebot suchte die Polizei von Ebersbach die heilige Ordnung zu retten, obgleich diese durch nichts gefährdet war. Überall legten die Teilnehmer reges Interesse für die Ausführungen des Referats an den Tag.

B. L.
Die Unterzeichnete agitierte vor einiger Zeit unter den Tabakarbeitern Mittel- und Süddeutschlands. Die Tour nahm nicht weniger als ein Vierteljahr in Anspruch. Ihr trat dabei das Elend der betreffenden Arbeiterkategorie in seiner ganzen grausen Schärfe vor Augen, dessen ausführlichere Schilderung die Leserinnen in einer späteren Nummer an anderer Stelle finden werden. Mit Freuden kann berichtet werden, daß in manchen Gegenden die Organisation insbesondere unter den Arbeiterinnen überraschend schnell Eingang findet; so zum Beispiel im Großherzogtum Hessen und speziell in Gießen und Umgebung, wo über 8000 Frauen in der Tabakindustrie beschäftigt sind. Es laßt einem das Herz im Leibe, wenn man die munteren, aufgeweckten Mädchen in den Versammlungen beobachtet. Alle befehlen das ernste Wollen, ihre Lage zu verbessern, und mit großem Eifer suchen sie sich zu diesem Zwecke zu betätigen. In Wiesbaden bei Gießen sind zum Beispiel fast alle Tabakarbeiterinnen im Deutschen Tabakarbeiterverband organisiert. Andererseits hinwieder stellen sich der Agitation die größten Schwierigkeiten entgegen; so in Baden, in der Rheinpfalz und in Emmerich im Rheinland, wo die Geistlichen, gestützt auf die rückständigen Frauen, gegen die freien Gewerkschaften arbeiten. Nur das stärkste Solidaritätsgefühl für seine ausgebeuteten Kollegen und die größte Opferfreudigkeit ermöglichen es hier dem Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes, mutig und unverzagt im Dienste der modernen Arbeiterbewegung zu wirken, überzeugt, daß mit der Zeit auch in den schwärzesten Ecken den Ausgebeuteten die Erkenntnis tagen wird.

H. K.
Bericht von der Frauenkonferenz und dem Parteitag erstattete Genossin Ged ihren Mandatgeber in Offenburger, Kehl und Zell a. S. In Offenburger zeitigte der Bericht das Resultat, daß, übereinstimmend mit einer Forderung unserer Resolution zum Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz, eine Eingabe an den Stadtrat gerichtet wurde. Derselbe wird ersucht, von der vorzüglichen Broschüre unseres Parteigenossen Dr. Reter, Kinderarzt in Mannheim: „Mutterpflicht und Kindesrecht“ eine größere Auflage kommen zu lassen und das populäre Schriftchen durch den Standesbeamten bei Hochzeiten und Geburtsanzeigen gratis zu verabsorgen. Die Eingabe ist unterzeichnet vom Wahlverein Vorwärts und vom Gewerkschaftskartell.

M. G.
Um die Aufklärungsarbeit unter den Frauen in Schleswig-Holstein zu fördern, sprach die Unterzeichnete in Altona, Schiffsbeck, Pinneberg, Sanden, Ikehoe, Lägerdorf, Wäbelsdorf und Stadelndorf. Rauh und steinig ist der Boden für unsere Agitation in dieser Gegend, die zum großen Teil einen ländlichen Charakter trägt. Viel Arbeit und Mühe kostet es da, um den Idealen Eingang zu verschaffen, denen das Proletariat zustrebt. Der Menschheit ganzer Jammer saßt einen an, wenn man hier sieht, was die Auswucherung der menschlichen Arbeitskraft an leiblichem und geistigem Elend sündigt. Die unmenschlich lange Arbeitszeit trägt ganz besonders dazu bei, dem Schnapsenteufel Opfer in die Arme zu treiben. Es bedürfte der Feder eines Jola, um die grauen Bilder zu beschreiben, die sich dem Beobachter darbieten. Nur der Sozialismus kann hier bessernd und erzieherisch wirken. Den Genossinnen in Schleswig-Holstein steht ein schwer zu beackerndes, aber großes Feld der Tätigkeit offen. Die Versammlungen lassen hoffen, daß sie mit Eifer ihrer Aufgabe sich widmen werden. In Pinneberg lassen es sich die Genossen besonders angelegen sein, eine Bewegung unter den Proletarierinnen in Fluß zu bringen.

M. Jeehe.
Im Nordwesten Deutschlands agitierte die Unterzeichnete, um die Frauen für den Sozialismus zu gewinnen. Sie sprach in Solingen, Gräfrath, Wald, Ohligs, Köln, Kalk, Mülheim, Dänwald, Pors, Düren, Aachen, Bierfen, Gladbach und Vingst. In Solingen, Köln, Mülheim, Vingst und Aachen waren die Versammlungen überfüllt. In den anderen Orten war ihr Besuch ein mittelmäßiger. Berücksichtigt muß hierbei werden, daß die Frauenbewegung in den betreffenden Orten noch jungen Datums ist und mit sehr vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Alerus herrscht hier so, daß die Frauen aus Furcht vor dem Hauswirt nicht wagen, sich die „Gleichheit“ ins Haus

bringen zu lassen. Unsere Zeitung hat trotz alledem neue Leserinnen gefunden, ein Beweis, daß es auch hier vorwärts geht.

M. Jeehe.
Neben der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit hat in Nürnberg in letzter Zeit auch die Agitation für die politische Aufklärung und Organisation der Proletarierinnen kräftig eingesetzt. Zwei gut besuchte öffentliche Frauenversammlungen fanden statt, von denen eine Stellung zur Frauenkonferenz und zum Parteitag in Mannheim nahm und die zweite Genossin Grünberg als Vertrauensperson der Genossinnen wählte. In den Versammlungen meldeten sich 75 Abonnentinnen für die „Gleichheit“ und 50 Zählerinnen freiwilliger Parteibeiträge. Zur besseren Schulung der Genossinnen sollen Lesende eingerichtet werden. Zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen referierte Genossin Grünberg in Nürnberg für die Organisationen der Konditoren und Lebküchenerinnen, der Handlungsgehilfsinnen, Fabrikarbeiterinnen, Dienstmädchen, Wasch- und Putzfrauen, in Mannheim, Frankfurt a. M. und Schafheim i. Taunus für den Deutschen Schneiderverband. — Eine Volksversammlung in Ladenburg bei Mannheim erfreute sich einer außerordentlich großen Beteiligung von Frauen und Mädchen, ebenso eine Versammlung in Regensburg. — In Roth a. S. wurde in einer äußerst gut besuchten Versammlung mit der Tagesordnung: „Was treibt die Frauen in die Öffentlichkeit?“ Genossin Rey als Vertrauensperson gewählt und in der Diskussion auf die „Gleichheit“ verwiesen, die man nicht nur abonnieren, sondern auch lesen solle.

—
Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse fand kürzlich in München statt. Der Versammlungsraum war dicht besetzt. Die Einberuferin gedachte eingangs in warmen Worten der so früh dahingegangenen Genossin Heiden-Deutschmann, die mit dem größten, selbstlosesten Eifer für die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung in München gewirkt hat. Genossin Baader-Berlin referierte über „Die Frauenkonferenz in Mannheim“ und fand mit ihren von warmer Begeisterung getragenen Ausführungen lebhaften Beifall. Bei der Erörterung der dort behandelten Fragen ermahnte sie außer den Genossinnen die Genossen, für die Verwirklichung der aufgestellten Forderungen mitzukämpfen. Zur Schulung der Genossinnen empfahl sie besonders die „Gleichheit“ und schlug zur Durchführung einer systematischen Agitation unter den Proletarierinnen die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson vor. In der Diskussion machte es Genossin Schmitz den Genossen zur Pflicht, die Frauen zum Lesen der Arbeiterpresse anzuhalten. Sie forderte die Genossinnen auf, sich zu organisieren, und schilderte die Vorteile der Konsumvereine, speziell des Konsumvereins München-Sending, die Genossinnen angesichts der Lebensmittelverteuerung zum Beitritt zu demselben ermunternd. Genossin Alberty ermahnte die anwesenden Genossen, der Frauenbewegung keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern ihre Frauen und Töchter zu deren Unterstützung und zum Eintritt in den Frauenbildungsverein anzusprechen. Genossin Baader stimmte in ihrem Schlusswort dem Vorredner zu, riet aber den organisierten Frauen, sich nicht auf die Mitarbeit der Männer zu verlassen, sondern selbst unermüdet für den Frauenbildungsverein zu agitieren. Die Versammlung wählte darauf als Vertrauensperson Genossin Mauerer, welche die Wahl dankend annahm mit der Bitte an die anwesenden Genossinnen, sie in ihren Arbeiten zu unterstützen.

Wie es um das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen in Braunschweig bestellt ist, das wurde kürzlich wieder einmal mit aller Deutlichkeit illustriert. Die Verwaltungsstelle Braunschweig des Verbandes der Fabrikarbeiter läßt sich besonders angelegen sein, Licht in die Köpfe der Arbeiterinnen der Konservenindustrie zu bringen. Braunschweig ist bekanntlich ein Hauptzentrum der deutschen Konservenindustrie, aber durchaus kein Dorado für die betretenden Arbeiter. Das begreifen diese mehr und mehr, wie die andauernde Zunahme von Mitgliedern beweist, welche der Verband in Braunschweig gewinnt. Erfreulicherweise steigt auch die Zahl der Arbeiterinnen immer mehr, welche ihrer Gewerkschaft beitreten, weil sie zum Bewußtsein ihres Menschentums erwacht sind.

Genossin Jeehe war jüngst damit beauftragt worden, im Braunschweiger Ländchen durch mehrere Versammlungen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Konservenindustrie zu fördern. Die erste Versammlung sollte an einem Sonntag stattfinden. Daß das Kapital seine eigenen Gesetze macht, trat besonders kras an jenem Sonntag in Erscheinung. Das dritte Gebot: „Du sollst den Feiertag heiligen“, können die Arbeiterinnen und Arbeiter der Braunschweiger Konservenindustrie nur selten befolgen. Der Zufall fügte es, daß sie auch an jenem Sonntag auf Geheiß der Unternehmer schafften mußten, wofür sie das Vergnügen hatten, am Montag auszugehen. Die auf einen Wochentag einberufene zweite Versammlung war überfüllt, aber sie konnte nicht ungestört ihrer Aufgabe genügen. Aufklärung unter die Ausgebeuteten zu tragen. Dafür sorgte der aufsichtführende Beamte. Er löste die Versammlung auf wegen der geübten Kritik an bestehenden Staatseinrichtungen. Wie beruhigend und das Ansehen der Staatseinrichtungen stärkend diese Maßnahme wirkte, lehrte der Augenschein. Stundenlang standen Arbeiter und Arbeiterinnen dicht gedrängt im Hofe und vor dem Gewerkschaftshause. Nur das besonnene Auftreten der Versammlungsleiter und das Versprechen, daß die Unterzeichnete an einem anderen Abend referieren würde, bewirkten, daß die Menge sich ruhig verhielt und allmählich ruhig auseinanderging. Um für die

nächste Versammlung die Auflösungsgefühle von vornherein zu dämpfen, wurden gleich zwei Versammlungen angemeldet, eine für 1/9, die andere um 1/10 Uhr. Die Veranstaltung, welche sich natürlich wieder eines außerordentlichen Andrangs erfreute, nahm einen ungehörten und befriedigenden Verlauf. In Broitzem und Wolfenbüttel fühlten sich die Stellvertreter Gottes auf Erden ebenfalls verpflichtet, den Staat zu retten. In beiden Orten wurde die zuerst einberufene Versammlung von den Behörden vereitelt, so daß eine zweite Versammlung angemeldet werden mußte. Der Ortsgewaltige von Broitzem erklärte: „Der Kampf um kulturwürdige Menscheneristenz“ ist ein politisches Thema, ergo verbiete ich die Versammlung, in der es behandelt werden soll. In Wolfenbüttel durfte die Versammlung deshalb nicht stattfinden, weil der eine Unterzeichner der Versammlungsanmeldung nicht wahlberechtigt zu den Kommunalwahlen war. (Eine Anmeldung muß dort nämlich von drei Bürgern unterzeichnet sein.) Für den Mann heißt es: „Steuern zahlen und den Mund halten“. Die Behörden des Großstaats Braunschweig sind die besten Agitatoren für die moderne Arbeiterbewegung. Es leben unsere Freunde, die Feinde! M. Jeehe.

Politische Rundschau.

Als nach der Verjagung Napoleons aus Deutschland der Kurfürst von Hessen wieder in seine Residenz Kassel einzog, um seine Landeskinder von neuem mit den Nichtswürdigkeiten des absolutistischen Regiments zu beglücken und alle alten Mißbräuche der verpönten Bureaokratie wieder aufleben zu lassen, sprang aus der ehrfürchtig am Wege harrenden Untertanenschaft ein ehemaliger kurfürstlicher Beamter hervor, schwenkte seinen Zopf und rief begeistert: „Euer kurfürstliche Gnaden! Ich hab' ihn noch!“ Man kann sich denken, wie dem geliebten Landesvater das Herz pupperte ob dieser Betätigung eines echten Patriotismus. Wo so unaussrottbar der Zopf gedieh trotz aller Umföngelien der Zwischenzeit, da durfte er hoffen, auch fernerhin gute Geschäfte mit der Verschacherung seiner Untertanen in fremde Kriegsdienste machen und ein ebenso fideles Leben führen zu können wie der Zwischenregent von Napoleons Gnaden auf dem Kasseler Thronchen, König Jérôme, der durch seinen Wahlspruch: „Morgen wieder lust!“ seine Gleichwertigkeit mit den angestammten Landesvätern klar erwiesen hatte. Der Zopf blieb denn auch fortan das Symbol des kurfürstlichen Regiments in Hessen; aber nicht nur des kurfürstlichen dort, sondern des landesfürstlichen Bureaokratenregiments in ganz Deutschland. Böllig wurde er nie abgeschnitten. Und wenn man ihn etwas suchte, wie 1848, da ist er stets wieder nachgewachsen und äppig gediehen in der Stieklust der Höfe, der Kasernen und der amtlichen Schreibstuben.

Hundert Jahre sind verflossen, seitdem bei Jena und in den Tagen nachher das junkerlich-bureaokratische Zopfreiment in Preußen schmählich zusammenbrach. Aber wenn heute Friedrich Wilhelm III., der „nüchterne Duckmäuser“, wie ihn seine genannt hat, mit seinen Generalen Braunschweig und Hohenlohe, mit dem junkerlichen Gefindel der Gungwize, Köckeritz und Marwize wieder einrücken könnte in sein Reich, so viel wackelnde Zöpfe würden sein landesväterliches Herz erfreuen, daß er sich getrost dem Glauben an die ewige Fortdauer des Junker- und Bureaokratenregiments hingeben dürfte. Das Zopfreiment entgeht keinem Beobachter, der nur mit offenen Augen die Zeitereignisse an sich vorüberziehen läßt. Am wenigsten bleiben wir Sozialdemokraten uns darüber im unklaren. Aber wie zur Feier des Hundertjubiläumstages von Jena ist das noch extra bestätigt worden durch die Denkwürdigkeiten des verstorbenen dritten Reichskanzlers, Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingfürst, die sein Sohn Alexander gerade jetzt hat erscheinen lassen. Die vollendete Nichtigkeit, Hohlheit und Zämmlichkeit der Hofgesellschaft und der höheren Bureaokratie tritt darin so deutlich und unabweigbar zutage, daß ein Wutgeheul durch die deutschen Amtsstuben und die Vorgimmer der Höfe ging. Daß ein solches fortlaufendes Intrigenspiel, wie Onkel Chlodwig es schildert, in den sogenannten maßgebenden Kreisen auf den Gang der Politik entscheidenden Einfluß ausübt, ist zwar bei uns nichts Neues, aber von großer Bedeutung ist es doch, daß eine anerkannte Autorität aus jenen Kreisen selbst, ein Reichskanzler sogar, deren Nichtigkeit wie seine eigene Nichtigkeit ausdrücklich bestätigt. Für unsere Aufklärungsarbeit liefern die Memoiren wertvolles Material.

Noch wertvoller womöglich für die Aufklärung des Volkes über das Verderben, das ihm der verkappte Absolutismus der Junkerherrschaft mit seinen Werkzeugen Bureaokratismus und Militarismus bereitet, ist das Blicglicht, das ein Anonymus auf unsere Zustände nicht durch ein Buch, sondern durch eine kühne Lat geworfen hat. Der Pseudohauptmann von Köpenick hat zwar seine geniale Eroberung einer preussischen Stadt nur geplant und durchgeführt, um sich selbst durch einen kühnen Räuberstreich die Taschen zu füllen. Die Wirkung seines Handstreichs geht aber weit hinaus über seine eigenen Absichten. Er hat den Militarismus und Bureaokratismus in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit entlarvt. Er hat aber auch den Beweis geliefert, daß das Bürgertum sich der Herrschaft der junkerlich-bureaokratischen militäristischen Regierungsgewalt widerstandslos ausliefert, mag sie auch in noch so absurder Form und mit noch so ungeheulichen Ansprüchen an die Untertanenschaft herantreten. Und der ganze Vorgang ist obendrein von so überwältigender Komik, daß er die unbändigste Heiterkeit in der ganzen zivilisierten Welt erweckt. Man braucht nur die Tatsachen aneinander zu reihen:

Ein Spießbube in mittlerem Lebensalter kauft sich in Trödelgeschäften die Uniform eines Hauptmanns im 1. Garde-regiment zusammen, fährt dann am 16. Oktober morgens nach Köpenick, einer Stadt von 28000 Einwohnern, etwa 15 Kilometer östlich von Berlin, die für seine Zwecke deshalb besonders geeignet ist, weil sie keine Garnison hat, so daß ihm dort schwerlich ein höherer Vorgesetzter in den Weg laufen kann. Er baldowert dort, immer in der Hauptmannsuniform, die Ortsgelegenheit für sein Vorhaben aus und fährt gegen Mittag mit der Eisenbahn über Rummelsburg, etwa anderthalb Stunden Fahrt, nach der nördlich von Berlin gelegenen Schwimmbadeanstalt Plöhensee, wohin außer der von Unteroffizieren befehligten Wache um diese Zeit kein Militär zu kommen pflegt. Um die Zeit der Mittagsablösung erscheint er im Bachtlokal und ordnet an, daß die abgelöste Wachmannschaft ihm „zu einer wichtigen Verhaftung“ zu folgen habe, die er „auf allerhöchsten Befehl“ vornehmen müsse. Der Kadavergehorsam, auf den der Herr Hauptmann spekuliert, tut seine Dienste. Es klingt zwar ziemlich unwahrscheinlich, daß der Kaiser einen Gardeoffizier nach Plöhensee, ausgesucht nach der Schwimmbadeanstalt Plöhensee, geschickt haben sollte, um sich dort Mannschaften zu einer Verhaftung zu holen, aber was ist nicht alles möglich? denken Unteroffizier und Soldaten, und dann: der Fremdling steckt in der Offiziersuniform, der jeder Soldat unweigerlich zu parieren hat. Das Risiko, das er bei einer nach Urteil des Militärgerichts ungerechtfertigten Gehoramsverweigerung läuft, steht mit seiner grausamen Bestrafung in gar keinem Verhältnis zu der geringfügigen Möglichkeit, sich zu schädigen, wenn der Soldat einem auch noch so unsinnigen Befehl Folge leistet, daß die Unterwerfung der Wachmannschaft unter das Belieben des Kaisers, der in der Gardehauptmannsuniform steckt, als Ausfluß des borusischen Militarismus vollkommen begreiflich ist. Den Unteroffizier entläßt der Hauptmann vorfichtshalber, damit er über den Verbleib der Wachmannschaft in der Kaserne Auskunft geben kann. Auch dort findet bezeichnenderweise die wundersame Geschichte von dem Kabinettsbefehl Glauben. Auf dem Wege von Plöhensee zum Nordringbahnhof Putzlißstraße greift der Hauptmann noch vier Mann der abgelösten Wachmannschaft vom Schießstand Jungfernhöhe auf und fährt dann mit seinem Nummern auf zehn Mann, darunter zwei Gefreite, angewachsenen Expeditionskorps wieder über Rummelsburg nach Köpenick. Hier bestärkt er die Mannschaften in dem Vertrauen zu seiner geheiligten Person dadurch, daß er ihnen in einer Wirtshaus Mittagessen verabreichen läßt, und geht mittlerweile selbst hin, um zwei Droschken nach dem Rathaus zu beordern. Dann führt er die zu großen Laten gestärkten Krieger, nachdem er sie hat scharf laden lassen, zum Rathaus und besetzt die Türen. Da besteht die Allmacht des Offiziers ihre zweite Hauptprobe: Polizei und Sendarmen fügen sich widerspruchslos den Anordnungen des Hauptmanns, der ihnen absolut nichts zu sagen gehabt hätte, selbst wenn er echt gewesen wäre. Sie halten das „Volk“ zurück, das sich zu Hunderten ansammelt. Sogar Verhaftungen ruhestündender Untertanen werden vorgenommen, damit der Herr Hauptmann in seiner Staatsaktion nicht gestört wird. Der Hauptmann verhaftet den Bürgermeister, der nach einigen Widerreden und nachdem sein berechtigtes Verlangen, den Haftbefehl zu sehen, abschlägig beschieden war, sich in sein Schicksal fügt, da der Hauptmann mit Gewalt droht. Der Bürgermeister wird in gnädig gefatteter Begleitung seiner Frau per Droschke nach der Neuen Wache in Berlin expediert. Da er betont, Reserveoffizier zu sein, nimmt ihm der humorvolle Hauptmann schleunigst sein Ehrenwort ab, daß er unterwegs nicht entweichen will. Ebenso wird mit dem Kassenrendanten verfahren, der auf Kommando die Bücher abschließt und den Kassenbestand, rund 4000 Mk., dem gestrengen Herrn Hauptmann aushändigt. Köstlich ist noch, daß ein höherer Polizeibeamter, der zwischen durch im Rathaus erscheint, sich von dem neuen Herrn der Stadt Urlaub zum Baden ausbittet und auch huldvollst bewilligt erhält. Als so alles nach Wunsch gegangen, verläßt der Hauptmann unter ehrfurchtsvollem Grüßen der Beamtenschaft in Zivil und Uniform mit den 4000 Mk. das Rathaus, nachdem er den Soldaten befohlen hat, noch eine halbe Stunde lang den Schauplatz seiner Großtat besetzt zu halten, und verschwindet, eine leere Stadt-lasse zurücklassend.

In die Blamage teilen sich Militarismus, Bureaucratie und bürgerliche Gesellschaft. Der Sozialdemokratie, die seit jeher die Zustände bekämpft hat, aus denen solch lächerliche Blamagen erwachsen können, ist aber mit der Komödie von Köpenick eine neue Waffe in die Hand gegeben. Unsere Partei wird auch diese Waffe im Kampfe gegen das verderbliche absolutistische Regierungssystem zu führen wissen, bis es vernichtet zusammenbricht mit allen seinen Greueln und Lächerlichkeiten. G. L.

Genossenschaftliche Rundschau.

Den Fortschritt der Konsumgenossenschaftsbewegung bekunden wieder die weitaus meisten Jahres- und Halbjahresübersichten, die in letzter Zeit veröffentlicht worden sind. So hat der Spar- und Konsumverein Stuttgart im letzten Geschäftsjahr seine Mitgliederzahl von rund 21 900 auf 23 900 (das ist um 9 1/2 Prozent), seinen Umsatz im eigenen Geschäft von 5 746 000 auf 6 643 000 Mk. (um 896 650 Mk. gleich 15 1/2 Prozent) erhöht. In eigener Produktion (Bäckerei und Teigwarenfabrikation, Wein- und Mostkellerei, Herstellung von Selterswasser und Limonaden) wurden für 1 275 800 Mk. Waren hergestellt, darunter 3 978 500 Kilo Brote. Der Verein beschäftigte 290 Personen. Der Reinüberschuß ergab 660 600 Mk., die Steuerbelastung betrug

131 416 Mk. — Der Konsumverein Frankfurt a. M. verzeichnet eine Zunahme der Mitglieder von 5480 auf 8635, der Verkaufsstellen von 15 auf 28, des Umsatzes von 695 100 auf 1 118 800 Mk., wozu 694 600 (+ 201 000) Mk. im Lieferantengeschäft kommen. — Der Konsumverein Neustadt-Magdeburg konstatiert für das erste Halbjahr 1906 einen Umsatz von 2 338 000 Mk., das sind 179 500 Mk. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Danach hat der altbewährte Verein den Rückschlag, den eine struppellose Agitation der Mittelständler und die Vergewaltigungspolitik der Staatsbehörden im letzten Geschäftsjahr verursacht hatten, wieder ausgeglichen und schreitet, aller planmäßigen Verleumdungen seiner echt national und christlich gesinnten Feinde ungeachtet, kräftig vorwärts. Der Verein unterhält eine Bibliothek von über 8000 Bänden, aus der im Jahre 1905 zusammen 26 984 Bücher entliehen wurden. So weisen die meisten Berichte ein gesundes Gedeihen auf, trotzdem die überall zu konstatierende Verteuerung der notwendigen Lebensmittel einen Rückgang der Kaufkraft der Massen bewirkt hat, der auch durch die teilweise erfolgte Erhöhung der Löhne nicht wettgemacht wird. — Hand in Hand mit einer Zoll- und Sperrpolitik, die den Verbrauch der Armen vermindert, um den Reichsten neue Reichtümer zuzuschauen, geht unter der Flagge des Mittelstandschutzes in immer mehr deutschen Staaten — obenan natürlich Sachsen und Preußen — ein Steuersystem, das den Arbeitern ihre durch Selbsthilfe gewonnene Ersparnis zu vermindern oder ganz zu konfiszieren strebt, um dem „gesunden Mittelstand“ der Zwischenhändler sein parasitisches Dasein zu verlängern und zu verschönern. In zutreffender Weise äußert sich über diesen steuerpolitischen Unfug Dr. Reinhold Niehe, ein gründlicher Kenner dieses Gebiets, in einem beachtenswerten Aufsatz, in dem er zum Schluß erklärt: „Der letzte Grund der schändlichen Behandlung der deutschen Konsumvereine liegt . . . in dem Mangel einer allgemeinen staatsbürgerlichen Moral. Der Brite fordert für sich und seinen Mitbürger das Recht auf den wirtschaftlichen Gebrauch seiner Anlagen und Fähigkeiten. In Deutschland aber gibt es noch viele Menschen, die vom Staate Förderung für sich und Hemmung für den Nächsten verlangen. Die Kapitulation der Gesetzgebung vor dieser Unmoral im Kampfe gegen die konsumgenossenschaftliche Form der Unternehmung ist eine bitterste Mahnung, um unermüdet an der Herausbildung eines staatsbürgerlichen Bewusstseins in der deutschen Volks zu arbeiten. Nur wer Sklaven in Deutschland wünscht, kann die Gesetzgebung gegen die Konsumvereine anrufen.“ Wenn der Verfasser noch einige Jahre versucht hat, das „staatsbürgerliche Bewusstsein“ der deutschen politischen Geschäftsleute und Geschäftspolitiker herauszubilden, dann wird er wohl auch den engen Zusammenhang zwischen der Behandlung der Konsumvereine und der übrigen Arbeiterpolitik im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte und damit auch die der Schule Brentanos so verhasste Eigenart der deutschen Arbeiterbewegung verstehen gelernt haben. Möchte nur auch in den Kreisen der Arbeiterbewegung selbst das Verständnis dieser Zusammenhänge überall vorhanden sein! Eine so bedauerliche Zurückhaltung, wie sie noch immer in weiten Kreisen namentlich der Berliner Arbeiterbewegung dem Genossenschaftswesen gegenüber geübt wird, wäre dann unmöglich.

Derselbe Verfasser widerlegt in einem fesselnd geschriebenen Berichte „Konsum-Genossenschaftliches aus Groß-London“ (K. R. Nr. 38) die auch in Berlin oft gehörte Fabel, als sei die Großstadt kein Boden für die genossenschaftliche Entwicklung. Wenn in dem riesigen Komplex der Weltstadt London, der 7 Millionen Menschen umfaßt, so großartige, nach Umfang, Leistung und innerem Gehalt vorbildliche Gebilde wie die Konsumvereine in Stratford (mit 15 300 Mitgliedern, fast 4 Millionen Mark Anteilskapital und 7,4 Millionen Mark Umsatz) und Woolwich (26 000 Mitglieder, 7,3 Millionen Kapital und 10,8 Millionen Mark Umsatz, 996 Angestellten, 61 Läden, großartige Bäckerei, Fleischerie, Molkerei, Schneiderei, Schuhmacherei etc., 20 000 Mk. Ausgaben für Erziehungszwecke und anderes) möglich sind, dann ist das bei gutem und ausdauerndem Willen auch im Berliner Gebiete möglich. Ist doch auch hier, ähnlich wie in Groß-London, in einer Reihe gutstehender Vorortvereine ein Grund gelegt, auf dem umso sicherer und erfolgreicher weitergebaut werden kann, je mehr zumal die proletarischen Frauen die Bedeutung echter genossenschaftlicher Aktion für Familie und Klassenlage erkennen und entsprechend handeln. Simon Katzenstein.

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Zur Einführung des Maschinenwesens im Wäschereibetrieb. Die wirtschaftstechnische Entwicklung bringt in der heutigen Gesellschaftsordnung für den Unternehmer großen Nutzen, für die Proletarier aber Abarbeitung und Herabdrückung der Löhne. Ein Beispiel dafür bietet die Wäschereianstalt von K. in Elberfeld, welche durch die Einführung des Maschinenwesens in wenigen Jahren einen so großen Aufschwung genommen hat, daß sie augenblicklich als die größte und modernste Wäschereianstalt von Rheinland und Westfalen gilt. Anfangs wurde bei K. wie überall nur mit der Hand gebügelt. Die Einführung der einfachen Bügelmaschine erparte bereits viel Arbeit und erhöhte ungemein die Leistungsfähigkeit des Betriebs. Bedeutete schon die An-

wendung dieser Maschine einen Fortschritt, so wirkte die Ersetzung der einfachen Bügelmaschine durch die neuen Dampfpressen geradezu revolutionierend. Beim Bügeln der Oberhemden auf der einfachen Maschine wurde lediglich der Einsatz vorgebügelt, jetzt dagegen werden dank der Anwendung der neuen Maschinen auf diesen die Oberhemden ganz fertiggestellt. Die Verwendung der neuen Maschinen hatte außerdem noch eine weitgehende Arbeitsteilung zur Folge. Da ist eine Hals- und Handbördchenpresse, eine Einsatzpresse, eine Ärmel- und Kumpfmachine. Die weitgehende Arbeitsteilung macht die gelernten und geübten Büglerinnen überflüssig, da es keiner großen Geschicklichkeit zur Bedienung dieser Maschinen bedarf. So sind denn bei K. die geübten Büglerinnen nach und nach ersetzt worden durch jugendliche Arbeiterinnen, durch Kinder von 14 Jahren an. Die Firma spart außerordentlich an Lohn, und doch ist die Leistungsfähigkeit ihres Betriebs außerordentlich gestiegen. Sechs Arbeiterinnen stellen mit der einfachen Maschine täglich durchschnittlich 160 bis 170 Oberhemden fertig, mittels der neuen Maschine sollen sie täglich 250 bis 300 liefern können. Schon in den ersten Wochen nach Inbetriebnahme der Maschinen wurden 220 Hemden täglich geliefert. Der Vorteil der Firma ist ohne weiteres einleuchtend. Die wöchentliche Ersparnis an Arbeitslohn ist trotz der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Betriebs eine immense. Welche Folge hat jedoch die Umwälzung der alten Arbeitsmethode durch die Einführung der neuen Maschinen für die Arbeiterinnen gehabt? Zunächst eine gesteigerte Unsicherheit der Existenz; denn ungelernete Arbeiterinnen sind leichter zu ersetzen, als ausgebildete und eingearbeitete Büglerinnen. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit steht daher drohend vor der Tür der Arbeiterinnen als früher. Zweitens die Herabdrückung des Lohnes. Die Büglerinnen hatten bisher durchschnittlich einen Lohn von 17 bis 20 Mk. wöchentlich, die jugendlichen Arbeiterinnen erhalten 6 bis 9 Mk. Neben fünf ungelerneten Arbeiterinnen zur Bedienung der Maschinen sind jetzt nur noch zwei Büglerinnen zum Zufalten der Hemden notwendig. Drittens ist die Arbeit eine intensivere und anstrengendere geworden. Es ist mehr Dampf, eine größere Hitze vorhanden, die Luft ist noch ungesünder geworden als früher. Das Bedienen der Maschinen erfordert eine größere Kraftanstrengung. Das Inbewegungsetzen der Pressen mit dem rechten Fuße bedingt eine außerordentliche Anstrengung des Unterleibs, desgleichen das Einschleiben der Wäsche unter die Presse. Unterleibsleiden der Arbeiterinnen werden nicht ausbleiben, ebensowenig wie Krampfadern und Bleichsucht. Die niedrigen Löhne und die dadurch bedingte schlechte Ernährung werden die Gesundheitschädigungen schneller und stärker eintreten lassen. Möchten die Arbeiterinnen bei K. recht bald versuchen, durch den Eintritt in die Gewerkschaft, durch den Zusammenschluß diesen herabdrückenden Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung entgegenzutreten, um sich ein besseres Los zu erringen. Unsere Elberfelder Genossinnen werden gewiß gern bereit sein, ihre Agitation auch auf die in Betracht kommenden Arbeiterinnen zu erstrecken, da aus den Reihen der Büglerinnen selbst infolge ihres starken Abhängigkeitsgefühls dem Unternehmer gegenüber der Anstoß zur Organisation wohl kaum kommen wird.

Frida Gewehr.

Dienstbotenfrage.

Eine allgemeine Dienstbotenversammlung in Nürnberg, die am 17. September im Livollsaal tagte, war sehr stark besucht. An der Hand reichen Materials wies Genossin Grünberg in ihrem Vortrag über „Dienstboteneleid und Unsittlichkeit“ auf die vielen Gefahren hin, denen die Dienstmädchen von seiten ihrer Dienstherrn, deren Söhnen und Freunden ausgesetzt sind. Als schlagende Widerlegung der weit verbreiteten Annahme, daß die Dienstmädchen in sittlicher Hinsicht weitaus nicht in dem Maße gefährdet seien wie die Fabrikarbeiterinnen, führte die Referentin eine Statistik von Dr. Stillik an. Nach derselben waren in Berlin von 1889 unter stittpolizeilicher Kontrolle stehenden Mädchen 1026, also 60 Prozent Dienstmädchen oder frühere Dienstmädchen, dagegen nur 848 Fabrikarbeiterinnen oder Näherinnen. Die wenigen gesetzlichen Rechte, die dem Gesinde im Falle unsittlicher Zumutungen zustehen, wagen die Mädchen aus Furcht vor Entlassung meist nicht geltend zu machen, und so sind sie fast vollkommen schutzlos den Zudringlichkeiten der männlichen Mitglieder der Herrschaft preisgegeben. In ungezählten Fällen kommt es dahin, daß das Mädchen als Geschwängerte unter Schimpf und Schande das Haus verlassen muß. Ohne Aussicht, in seinem Zustand eine neue Stellung zu erhalten, ohne Mittel für seinen Lebensunterhalt wird es durch die Not gezwungen, seinen Leib zu verkaufen. Nur allzu begreiflich ist es da, wenn die also Ausgestoßene zur Würdevin ihres Kindes wird. Sie, die die sorgfältige Pflege und liebevolle Behandlung gesehen hat, welche der „gnädigen Frau“ im Wochenbett zuteil wird, muß unter den furchtbarsten Bedingungen gebären, und alle Gefühle der Mutterliebe werden durch die Frage übertönt, wie sie, die ihr eigenes Leben kaum fristen kann, ein zweites verdienen soll. Ganze Bände können darüber geschrieben werden, welches Schicksal den unehelichen Kindern blüht, die den berüchtigten Engelmacherinnen übergeben werden. Genossin Grünberg forderte die Mädchen auf, sich durch keine falsche Scham abhalten zu lassen, alle unsittlichen Angriffe von seiten der Dienstherrschaft sofort zur Anzeige zu bringen, und machte darauf aufmerksam, daß dieselben in Bayern zum sofortigen Verlassen des Dienstes berechtigt. Die Referentin bezeichnete als Grundübel das Wohnen der Mädchen bei den Herrschaften, das eigentlich durch ein Gesetz verboten werden müßte. Da aber

* „Vom Rechtsstandpunkt bis zum wirtschaftspolitischen Ausnahmefall in der Besteuerung der Konsumvereine“. „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ Nr. 39.

vorläufig noch keine Aussicht vorhanden ist, ein solches Gesetz durchzuführen, so fordern wir wenigstens das Erreichbare: gesunde, den Ansprüchen der Hygiene genügende Schlafräume, welche von innen verschließbar sein müssen und unter ständiger Kontrolle der Behörden stehen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, ist es vor allem notwendig, die Dienstboten aufzuklären. Das geschieht am besten durch unermüdbare Agitation für die Organisierung der Dienenden und ihre Aufklärung, die in Versammlungen und durch das Lesen der „Gleichheit“ gefördert wird. +

Frauenstimmrecht.

Die Bewegung für das Frauenwahlrecht in England hat in den letzten zwei Monaten in sozialistischen Kreisen einen Rückschlag erfahren. Zwei der Rednerinnen der sozialistischen Frauen, Fräulein Panhurst und Fräulein Billington, haben während der parlamentarischen Nachwahl in Cokermouth, an der Genosse Smillie als Kandidat der Vergleute beteiligt war, nicht wie Sozialistinnen, sondern wie Frauenrechtlerinnen gehandelt. Sie fuhrten nach dem Wahlkreis, um dort angeblich für den sozialistischen Kandidaten zu wirken, aber ihre ganze Agitation drehte sich um das Frauenwahlrecht. Beide sind Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei. Die Wahlvereine in Manchester, denen sie angehören, stellten deshalb den Antrag, die Genossinnen Panhurst und Billington aus der Partei auszuschließen.

Am 13. Oktober empfing Mr. Asquith, der Minister des Innern, eine Frauendeputation in seinem Wahlkreis East Fife (Schottland). Asquith vertritt diesen Wahlkreis im Parlament. Wie jeder andere Abgeordnete, muß auch Asquith von Zeit zu Zeit in seinem Wahlkreis in öffentlichen Versammlungen sprechen und seinen Wählern Rechenschaft ablegen über seine parlamentarische Tätigkeit und über die allgemeine politische Lage. Am 13. Oktober fand dort eine solche Versammlung statt, bei der Asquith über die Schulvorlage, das Gewerkschaftsrecht und über das Verhältnis zwischen Liberalismus und Arbeiterpartei sprach. Nach der Versammlung begab sich zu ihm eine sozialistische Frauendeputation, die aus Mitgliedern des lokalen Zweigvereins der „Sozialen und politischen Frauenunion“ bestand. Die Rednerin war Frau Mill, die dem Minister sagte: „Die Deputation vertritt die Frauen Ihres Wahlkreises. Auch die liberale Frauenvereingung ist in ihrer großen Mehrheit für das Frauenwahlrecht, obwohl manche Mitglieder derselben nicht bereit sind, unsere bis jetzt angewandten Methoden zu billigen. Nur ungern nehmen wir zu extremen Mitteln unsere Zuflucht. Wir wollen es nun mit ruhigen, anständigen Methoden versuchen; — vielleicht bringen sie uns größere Erfolge. Es ist gewiß nicht nötig, über die Forderung des Frauenwahlrechts lange zu diskutieren. Die Gegenargumente, mit denen man uns im Zustand der Entrechtung halten will, haben weder Hand noch Fuß. Wir verlangen das Wahlrecht für die Frauen, nicht weil sie besonders wert sind, ein solches Recht auszuüben, oder weil sie dieses Recht stets weise gebrauchen werden, — die Frauen haben nichts voraus und werden auch mit dem Wahlrecht nicht immer klug umgehen. Wir verlangen es auf Grund einfacher Gerechtigkeit. Es ist ungerecht, die Hälfte der Bevölkerung als minderwertig zu betrachten.“ — Asquith antwortete in längerer Rede. Er sprach viel, aber sagte nur wenig, und das wenige war ungünstig. Er bezeichnete die Gerüchte, die ihn zum Hauptgegner der Frauen in der Regierung stempeln, als ganz grundlos. Er habe in den letzten 14 Jahren äußerst selten über das Frauenwahlrecht gesprochen oder diskutiert. Er sei indes der Ansicht, daß das Gewicht der Argumente auf Seiten der Gegner des Frauenwahlrechts liege. Er könne den Frauen keine Hoffnungen auf die Einbringung einer Wahlrechtsvorlage machen.

Am 21. Oktober findet in London eine Wahlrechtsdemonstration der sozialistischen Frauen statt, um das Parlament, das am 23. Oktober zu einer Herbsttagung zusammentritt, auf die rechtlose Lage der Frauen aufmerksam zu machen.

London, 14. Oktober 1906.

Mb—

Frauenbewegung.

Der zweite ostdeutsche Frauentag und die Arbeiterinnenfrage. In der ersten Hälfte des Oktober fand in Elbing der zweite ordentliche Frauentag statt, der sich, wie es in der bürgerlichen Frauenbewegung jetzt üblich ist, auch mit der Arbeiterinnenfrage beschäftigte. Frau Dullro-Königsberg, die Gattin des Direktors des Königsberger Statistischen Amtes, dessen Wahl zum Stadtrat seinerzeit von der preussischen Regierung nicht bestätigt wurde, referierte über das Thema: „Die Aufgaben der bürgerlichen Frauen in der Arbeiterinnenbewegung.“ Die Referentin ging davon aus, daß die Freiheitsideen und wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrhunderte die gemeinsame Wurzel der Arbeiter- und der Frauenbewegung sind. Sie stellte dann fest, daß die Fortschritte in der Maschinentechnik Kinder und insbesondere Frauen in großer Zahl in die Fabrik getrieben haben. Aber eine Million Fabrikarbeiterinnen gibt es heute in Deutschland, in manchen Gegenden bilden die verheirateten Frauen bis zu 40 Prozent der weiblichen Arbeiterschaft. Es gelte nun die Lage dieser Arbeiterinnen zu heben. Zwei Faktoren kämen dafür in Betracht: erstens der Staat mit seiner sozialen Gesetzgebung, und zweitens die Arbeiterorganisationen mit ihrer Selbsthilfe. Von den drei Arten gewerkschaftlicher Organisationen umfaßten die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften heute bei weitem die meisten Arbeiterinnen: 74000, etwa 8 Prozent der Organi-

sierten. Als Momente, die die Organisierung der Frauen erschweren, erachtete die Referentin den Mangel an Berufsinteresse, ungenügende Vorbildung, Isoliertheit, Überbürdung durch den Beruf, durch Hauswirtschaft und Mutterschaft sowie die niedrigen Löhne.

Wenn auch die Arbeiterinnenbewegung ein Teil des Klassenkampfes sei, so führte Frau Dullro weiter aus, so gebe es doch eine Reihe besonderer Frauenforderungen, zu deren Verwirklichung die bürgerliche Frauenbewegung mit ihrer Mitarbeit eingreifen könne. Die schwierigste und wichtigste der vorliegenden Aufgaben sei die Organisierung der Arbeiterinnen. Ihr gegenüber müßte man sich klar werden, welche der drei gewerkschaftlichen Organisationsarten den Frauen zum Eintritt zu empfehlen sei. Die Antwort auf diese Frage sei eine Frage persönlicher Anschauung. Nach ihrer Meinung würden in den freien Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterinnen am wirksamsten vertreten, weshalb sie den Arbeiterinnen den Eintritt in diese empfehlen möchte.

Die honorire Damengesellschaft nahm den Vortrag mit Beifall auf, bewies aber durch die anknüpfende klägliche Diskussion, daß die Anregungen der Referentin auf steinigem Boden gefallen waren und keinen Schaden stiften konnten. Nur eine einzige Diskussionsrednerin, Frau Carstener, äußerte sich zu der Organisationsfrage. Sie meinte, wenn man die Arbeiterinnen organisieren wolle, müsse man dazu besondere bürgerliche Frauenvereine gründen, „denn die Sozialdemokratinnen wollen nicht mit uns arbeiten, es besteht ein bewußter und gewollter Unterschied.“ Freilich besteht zwischen bürgerlichen Damen und Proletarierinnen ein Unterschied, der allerdings kein gewollter, von dem Willen einzelner abhängiger ist, sondern ein in den Verhältnissen, in der Klassenlage begründeter. Daß er ein bewußter wird, den Arbeiterinnen mehr und mehr zum Bewußtsein kommt, ist eine durchaus erfreuliche Erscheinung. Denn nur wenn sie vom Klassenbewußtsein durchdrungen sind, werden sie die rechten Mittel und Wege zur Verbesserung ihrer sozialen Lage finden, auch ohne bürgerliche Damen und im Gegensatz zu ihnen. Eine Frau Fechter aus Elbing teilte in der Diskussion mit, daß in dieser Stadt eine Krippe errichtet gewesen sei aber schließlich wieder habe aufgegeben werden müssen. Es wären ihr schließlich nur noch drei uneheliche Kinder anvertraut worden, und man habe der Unfittlichkeit doch nicht Vorschub leisten können. Dem gegenüber bemerkte die Referentin, daß die Krippe in Königsberg großen Zudrang zu verzeichnen hätte. Wollte man sich auf den Moralstandpunkt stellen, so müßte man auf die Wohlfahrts-einrichtungen überhaupt verzichten. Eine andere Rednerin hob noch hervor, daß die Krippe, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen solle, sich gerade der unehelichen Kinder und ihrer Mütter doppelt anzunehmen habe.

Bei einem anderen Punkte der Tagesordnung wurde die Landarbeiterinnenfrage gestreift. Aber wie! Wie es dem Kreise von Fabrikanten- und Gutbesitzerstättinnen entspricht, die da versammelt waren. Frau Böhm-Lamgarben referierte über „Die soziale Tätigkeit der Landfrau des Ostens“. Die Dame erklärte unter anderem: Die Hauptsache aber ist, daß wir den Landarbeitern ein Standesbewußtsein beibringen; wir müssen sie heben, in ihren eigenen Augen heben. Sie müssen stolz darauf sein, ein Landarbeiter zu sein; sie müssen es als einen Vorzug empfinden, in Gottes freier Natur um ihre Früchte, den Lohn ihrer Arbeit in täglich wechselnder Gestalt ringen zu dürfen. (Die Landarbeiterfrauen) rechnen und Buch führen, damit sie einen Überblick gewinnen über die großen Summen, die durch ihre Hände gehen, damit ihnen nicht die hohen Löhne des Westens und der Großstädte imponieren. Solche Ausführungen sind eine bodenlos freche und dumme Verhöhnung des Landarbeiterlebens, das wissenschaftlich und gerichtsnotorisch feststeht. Der Kaiser hat es seinerzeit durch den bekannten Ausspruch charakterisiert, in Kabinen seien die Schweinefälle besser als die Wohnungen ostelbischer Landproletarier. Aber Frau Böhm ist Gutbesitzerin, das erklärt alles. Man stelle ihren Ausführungen das von Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit getragene Referat gegenüber, das Genossin Zieh auf der sozialdemokratischen Frauenkonferenz über die Lage der Landarbeiterinnen hielt, und man hat ein überzeugendes Beispiel zu dem, was wir oben von den Klassenunterschieden und ihrer Wirkung im Bewußtsein des Menschen sagten. Dem bürgerlichen Frauentag lag ein bescheidener Antrag zugunsten der Landarbeiterinnen vor. Er forderte: „Der ostdeutsche Frauentag wolle das Wohl der ländlichen Arbeiterinnen fördern, indem er der Organisation der ländlichen Arbeiterinnen sein Interesse zuwendet und dahin zu wirken sucht, daß Gesetze nach dem Muster der in der Gewerbeordnung enthaltenen Bestimmungen für die ländlichen Arbeiter, insbesondere für weibliche Personen und Kinder erlassen werden, desgleichen Fürsorge gewährt wird durch Einziehung in die Krankenversicherung.“ Dieser Antrag, der nicht einmal die Kardinalsforderung des Koalitionsrechtes für die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erhebt, wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. — Von den tagenden Damen eine kräftige Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen erwarten, der ländlichen wie der industriellen, hieße Feigen von den Dornen pflücken wollen. Mag die Referentin über die Frage der Arbeiterinnenorganisation ihr Eintreten für die Arbeiterinnen und für die freien Gewerkschaften noch so ernst gemeint haben, die Kreise, an die sie sich wendete, werden über platonische Sympathieerklärungen für das klassenbewußte weibliche Proletariat nicht hinauskommen. Wer ernstlich daran mitarbeiten will, die Lage der Arbeiterinnen zu heben, der muß das in Reih und Glied des klassenbewußt kämpfenden Prole-

tariums tun, der muß aus der Gemeinschaft von Damen ausschneiden, deren Klasseninteresse dem der Proletarierinnen diametral entgegensteht.

Die 7. Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine hat vom 4. bis 7. Oktober in Nürnberg taget. Sie nahm die Berichte der verschiedenen Arbeitskommissionen entgegen und beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Beratung der Reorganisation des Bundes. „Radikale“ und „Gemäßigte“ haben dabei ihre Kräfte um den ausschlaggebenden Einfluß in der großen Organisation gemessen. Die „Radikalen“, die noch immer bedeutend in der Minorität sind, hofften durch die Reorganisation die Möglichkeit zu erlangen, den „Bund“ zu einem kräftigeren und rascheren Vorgehen im Kampfe um die Gleichberechtigung der Geschlechter zu veranlassen. Die „Gemäßigten“ strebten ihrerseits danach, durch die Reorganisation den maßgebenden Einfluß und die bisherige Taktik zu erhalten, die im Zeichen der Rücksicht auf die sogenannten „Wohlfahrtsvereine“ steht, die keine ausgesprochen frauenrechtlerischen Kampfsziele verfolgen. Der Form nach sind die „Radikalen“ unterlegen, immerhin schint es, als hätten sie die innere Entwicklung des „Bundes“ wieder etwas vorwärts getrieben. Wir werden auf die Generalversammlung zurückkommen, wenn uns eingehendere Berichte vorliegen als zur Stunde. Die Verhandlungen hatten ein äußerst beachtenswertes Beispiel. Frau Weber-Heidelberg hatte im Auftrag des Bundesvorstandes eine Resolution eingebracht, welche die Greuel der russischen Reaktion brandmarkt und den Freiheitskämpferinnen Sympathie versichert. Diese Resolution entseffelte eine leidenschaftliche Debatte. Einige „deutsche Frauen“ protestierten gegen die Rundgebung. Sie fühlten sich offenbar in ihren „heiligsten Gefühlen“ verletzt, daß „der Ludergeruch der Revolution“ statt des Gosparfäms eines Beileidstelegramms an den Henker aller Reußen in die Generalversammlung getragen wurde. Die Resolution wurde trotzdem angenommen. Sie lautet: „Der in Nürnberg versammelte Bund deutscher Frauenvereine gibt seiner tiefen Empörung Ausdruck über die jeder Gerechtigkeit Hohn sprechenden Greuelthaten, die in Rußland aus Rassenhaß und im Interesse der Aufrechterhaltung der Autokratie fortgesetzt an wehrlosen Frauen und Kindern verübt werden. Er gedenkt ferner mit hoher Bewunderung derjenigen russischen Frauen, die an dem gewaltigen Ringen ihres Volkes um persönliche und bürgerliche Freiheit so heldenhaft teilnehmen.“

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen:

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung.

Von Räte Duncker.

Herausgegeben von der Redaktion der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

In einer kurzen historischen Einleitung bespricht die Verfasserin die Kinderarbeit als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und anschließend daran die Kinder-schutzgesetzgebung in Deutschland bis 1891, die Erhebungen von 1898 und endlich das Kinderschutzgesetz von 1903. In einem Schlußkapitel wird der bisherige Erfolg des Kinderschutzgesetzes beurteilt und ein vortrefflicher Ausblick auf Kinderarbeit und Kindererziehung, wie beides sein sollte, gegeben. — Im Anhang findet die Leserin das Gesetz selbst und ein Verzeichnis derjenigen Werkstätten, in deren Betrieb Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Schließlich ist auch die Bekanntmachung hinzugefügt betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren.

Das Büchlein sollte in keinem Arbeiterhaushalt fehlen; jede Mutter muß Kenntnis haben von dem derzeitigen Stand der Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland, damit sie der Ausbeutung ihrer eigenen Kinder zielbewußt entgegenzutreten, sie mildern und womöglich hindern kann.

Der Preis der Broschüre ist auf 40 Pf. festgesetzt.

Für die Abonnenten der „Gleichheit“, die sich zum gemeinsamen Bezug vereinigen, ist ein wesentlich niedrigerer Einkaufspreis festgesetzt.

Bestellungen nehmen entgegen alle Vertrauenspersonen, Ottilie Baader, Berlin S 53, Blücher-Straße 49, Hof 11 und die Expedition der „Gleichheit“ in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Als Weihnachtsbuch der „Gleichheit“

werden die beiden Jahrgänge der Beilage „Für unsere Kinder“ in hübscher Ausstattung am 1. Dezember erscheinen. Bei gemeinsamem Bezug durch ihre Vertrauensperson beziehungsweise die Vertriebsstelle der „Gleichheit“ erhalten die Genossinnen die Sammlung unter dem Ladenpreis. Wir machen die Genossinnen darauf aufmerksam und ersuchen sie, sich die Verbreitung des Weihnachtsbuches angelegen sein zu lassen, dessen Herausgabe wesentlich mit durch ihre Wünsche bestimmt worden ist.

Der Flüchtling.

Ruhig liegt alles. Die Gefangenen schwelgen in ihren Träumen von Freiheit und Freude, um am Morgen enttäuscht und verbittert von der Phantasie zu scheiden.

In der Zelle zu ebener Erde gelegen erhebt sich sachte ein Mann. Spähend, mit angehaltenem Atem schleicht er zum Fenster. Er vermeidet jedes Geräusch. Unschuldig schmachtet er hier, seit manchem Jahre, ein Opfer despotischer Gewalt. Lange schon ist der Wunsch erwacht, der brennende Wunsch, zu entfliehen. Der Plan ist reiflich erwogen, die Ausführung wohl vorbereitet. Wie oft hat der Gefangene schon in Gedanken einen Fluchtversuch gemacht, doch vor der Ausführung ist er immer wieder zurückgeschreckt, allzu groß dünkte ihm die Gefahr. Nun aber wird ihn nichts mehr halten, die verzehrende Sehnsucht nach Freiheit übertönt jedes andere Gefühl. Mit zitternden Händen faßt der Mann das Gitter und versucht, die Stäbe aus dem Gemäuer zu lösen. Wie langer, qualvoller Arbeit hatte es nicht bedurft, mit den Nägeln die Mauer zu zerrütten, das Eisen zu lockern! Sachte hebt er das Gitter ab und legt es zu Boden. Sein Herz klopfte, als wollte es die Brust sprengen. Er erklettert das Fenster, läßt sich jenseits zur Erde nieder und kriecht am Boden dahin wie ein Gewürm. Nun ist er am Rande der Hofmauer. — Er ist unentdeckt geblieben.

Wie der Flüchtling die Höhe der Mauer mit den Augen mißt, da schaudert ihn. Bekommen wird ihm zumute, er fühlt sich fast betäubt; das Wagnis ist groß. Nach kurzem Zaudern reißt er entschlossen die Glieder. Zur Tollkühnheit spornet ihn das erlösende Ziel: Freiheit.

Vorsichtig krallt er sich an der Mauer fest, drückt den Körper platt an die Wand. Sich emporziehend erspäht er sicher jeden Vorsprung der Steine, findet in der kleinsten Vertiefung eine Stütze. Mühsam und beschwerlich geht es aufwärts. Von der Stirne des Flüchtlings tropft der Schweiß. Zerschunden sind die nackten Hände und Füße, der geöffnete Mund atmet gierig die reine, freie Luft. Kaum zur Hälfte ist die Mauer erklommen, da beginnen die Kräfte des Mannes zu ermatten. Verzweifelt klammert er sich an die Wand. Noch ein paar Griffe, und er hätte die Höhe der Mauer erreicht, doch ermüdet, kraftlos hängt der Körper da. Ein Seufzer entringt sich der Brust. Der Flüchtling schließt die Augen. Er glaubt zu stürzen. Schlaf und leblos erwartet er den Tod. Plötzlich, wie ein wilder Sturm rauscht durch seine Seele der Gedanke: Freiheit! Ihm ist, als ergösse sich aller Glanz der Welt über ihn, als juble die ganze Menschheit: Freiheit! Der Körper belebt sich, das Blut stürzt dem Manne heiß durch die Adern, es brennt ihm der Kopf, wild funkeln die Augen. Wie eine Kaze klammert er sich fest am Gemäuer, geschmeidig zieht er sich empor. Der Atem geht schneller und schneller, wie bei Fiebernden arbeitet die Brust. Ungeahntes Kraftgefühl durchzuckt den Flüchtling. Sein Herz pocht lauter vor Freude, als wollte es zerspringen. Er ist vor Seligkeit wie betäubt. Dort, dort — das Ende der Mauer! Noch einmal braust es ihm gewaltig durch die Seele und stählt seine Glieder: das Wort Freiheit!

Der Flüchtling ist oben. Noch einen flammenden, haßerfüllten Blick nach der schrecklichen Stätte, und jenseits der Mauer läßt er sich nieder. Taumelnd erreicht er den Boden, auf den er sich mit schwachem Seufzer stürzt. Mit den letzten Kräften, die ihm geblieben, küßt er ihn, den Boden der Freiheit. Wankenden Schrittes eilt der Mann dem Walde zu. Er stürzt. Er rafft sich wieder auf. Endlich, endlich erreicht er halbtot ein Versteck, eine Höhle, wo er in festen Schlaf sinkt, aller Kräfte bar. —

Es ist Tag geworden. Ein Streifen Licht dringt in die Höhle, er fällt wärmend auf des Schlummernden Gestalt. Er brennt ihm auf die Lider und küßt die Augen wach. Wohligh durchrieselt es des Schlaftrunkenen Körper. Er erhebt sich. Blendend fällt ihm das Licht in die Augen. Sie mit den Händen beschattend, sieht er staunend umher. Seltsam ist der Ausdruck auf seinem Gesicht. Wie irr eilt der Befreite hin und her. Er geht vor die Höhle, ins Freie, und verstummt angesichts der gewaltigen Natur ringsum. In uralter Schönheit steht und rauscht der Wald, wie Freiheit und Frieden raunt es in den Bäumen.

Zitternd vor Wonne nimmt der Mensch das lebende Bild in sich auf. Es ergreift ihn wie eine neue Schöpfung, an der er sich nicht satt sehen kann. Er entreißt dem Boden von dem weichen Moos, das zu seinen Füßen üppig wuchert. Er befühlt es und ballt es zwischen den Händen zusammen. Er atmet langsam, in tiefen Zügen den frischen Duft des Waldes, bis er sicher ist, daß kein Trugbild ihn betrogen. Stumm schaut er empor zum blauen Himmel, an welchem die Sonne mild und freundlich lacht. Wie lange, lange hat er diesen Anblick entbehrt. Der Flüchtling faltet die Hände: „Vor dir nur, hehre Natur, beuge ich mein Haupt.“ Er sinkt nieder, er breitet die Arme aus, ein freudenerstarrter Schrei löst sich aus seiner Kehle: „Freiheit, Freiheit, Freiheit!“ Elise Belli.

Ein gutes Gewissen.

Von Alexander L. Kielland.

Vor der Gartentür zur Villa des Advokaten Abel hielt ein kleiner, eleganter Wagen, vor welchem zwei schöne, blankgestriegelte Pferde gespannt waren.

Auf dem Pferdegeschirr war weder Silberbeschlag noch irgend ein anderes Metall; alles war mattschwarz, und alle Schnallen waren überzogen. Die Lackierung des Wagens zeigte einen leichten Schatten von dunkelgrün; die Polster hatten eine beschneidende, staubgraue Farbe, und erst wenn man ganz nahe herantrat, entdeckte man, daß der Bezug aus schwerer Seide war. Der Kutscher sah aus wie ein englischer Priester — in schwarzem, eng zugeknöpftem Frack mit einem kleinen, hochstehenden Kragen und steifer, weißer Halsbinde.

Frau Warden, welche allein im Wagen saß, beugte sich vornüber und legte die Hand auf den elfenbeinernen Griff des Wagenschlags; sie stieg langsam aus, zog das lange Kleid hinter sich her und schloß darauf die Wagentür mit großer Behutsamkeit.

Man hätte sich vielleicht wundern können, daß der Kutscher nicht abstieg, um seiner Gebieterin zu helfen; die fetten, wohlgenährten Pferde sahen wahrhaftig nicht aus, als würden sie auf Tollheiten verfallen, wenn er die Zügel losließ.

Wenn man aber dies unerschütterliche Antlitz betrachtete, mit den würdigen, graugesprenkelten „whiskers“, so begriff man augenblicklich, daß dies ein Mann sei, der wußte, was er tat, und seine Pflicht niemals und in keiner Weise zu erfüllen unterließ.

Frau Warden ging durch den kleinen Vorgarten und trat in das Gartenzimmer. Die Tür zu dem nächsten Gemach stand halb offen, und durch diese sah sie die Frau vom Hause an einem großen Tische stehen, welcher mit vielen Stücken hellen Stoffes und verschiedenen Nummern des „Basar“ bedeckt war.

„Ah! — du kommst mir gerade gelegen — süße Emilie!“ rief Frau Abel, „ich bin ganz verzweifelt über meine Schneiderin. Sie ist nicht imstande, etwas Neues zu erfinden. Und hier sitze ich nun und suche im „Basar“. Liebste, leg deinen Schal ab und komm und hilf mir; — es soll ein Promenadenkleid werden!“

„Ich bin nicht geschickt genug, um dir helfen zu können, wenn es sich um Putz und Toilette handelt,“ entgegnete Frau Warden.

Die gute Frau Abel starrte sie an; es lag etwas Beunruhigendes im Ton, und sie hatte einen ganz unglaublichen Respekt vor ihrer reichen Freundin.

„Du erinnerst dich gewiß noch, daß ich dir vor kurzem erzählte, Warden habe mir versprochen — das heißt eigentlich — verbesserte sich Frau Warden — „er hatte mich gebeten, mir ein neues seidenes Kleid zu bestellen —“

„Bei Madame Labiche — ja gewiß!“ — unterbrach sie Frau Abel — „und jetzt bist du vermutlich auf dem Wege zu ihr? — Ach, nimm mich mit! — Das ist zu amüßant!“

„Ich fahre nicht zu Madame Labiche,“ entgegnete Frau Warden beinahe feierlich.

„Aber um Gottes willen, weshalb denn nicht?“ fragte ihre Freundin und sperrte die hübschen braunen Augen weit auf vor Verwunderung.

„Ja — ich will dir nämlich sagen,“ entgegnete Frau Warden, „ich bin der Ansicht, daß wir unmöglich mit gutem Gewissen soviel Geld für unnötigen Putz und Staat ausgeben können, wenn wir wissen, daß in den entlegenen Vierteln der Stadt — derselben Stadt, in welcher wir wohnen — Hunderte von Menschen leben, die Not leiden — Not im buchstäblichen Sinn!“

„Ja — aber,“ wandte Frau Abel ein und warf einen unsicheren Blick über den Tisch, „es ist nun einmal so auf der Welt; wir wissen ja, daß die Ungleichheit —“

„Wir sollen uns aber davor hüten, die Ungleichheit noch zu erhöhen, und alles tun, was in unseren Kräften steht, um sie zu vermindern,“ unterbrach Frau Warden sie. Und es kam Frau Abel vor, als ließe ihre Freundin einen mißbilligenden Blick über den Tisch, die Stoffe und den „Basar“ gleiten.

„Es ist ja nur Alpaka,“ widerlegte sie furchtsam.

„Gott behüte, Karoline!“ rief Frau Warden, „glaub doch nur nicht, daß ich dir einen Vorwurf machen will. Das sind ja Dinge, die ganz und gar von der Auffassung eines jeden Menschen abhängen; — jeder mag handeln, wie es ihn gutdünkt, und wie er es vor seinem eigenen Gewissen verantworten kann.“

Das Gespräch wurde noch eine Weile fortgeführt, und Frau Warden erzählte, daß es ihre Absicht sei, in eine der berühmtesten Vorstädte hinauszufahren, um sich mit eigenen Augen von den traurigen Zuständen zu überzeugen, welche unter den Armen herrschen.

Tags zuvor hatte sie einen Jahresbericht von einer Privatwohlthätigkeitsgesellschaft gelesen, von welcher ihr Gatte Mitglied war. Sie hatte es absichtlich unterlassen, die Polizei oder die Armenverwaltung um Aufklärung

zu bitten, denn es war gerade ihre Absicht, persönlich die Hütten der Armut aufzusuchen, die Bedürftigen kennen zu lernen und ihnen zu helfen.

Die Damen trennten sich ein wenig kälter als gewöhnlich. Beide waren in sehr ernster Stimmung.

Frau Abel blieb im Gartenzimmer; sie verspürte aber durchaus keine Lust, wieder an dem Promenadenkostüm zu arbeiten, — obgleich der Stoff so außerordentlich hübsch war. Sie vernahm das dumpfe Geräusch des Wagens, welcher auf dem ebenen Straßenwege des Villenviertels dahinrollte.

„Welch gutes Herz Emilie hat!“ — seufzte sie.

Nichts lag dem gutmütigen Charakter der jungen Frau ferner als Neid und Mißgunst; und trotzdem — es war mit einem Gefühl dieser Art, daß sie heute dem leichten Wagen nachblickte. Ob es nun aber das gute Herz oder der elegante Wagen war, welchen sie der Freundin mißgönnte; — das wäre schwer gewesen zu bestimmen.

Der Kutscher hatte seine Weisung entgegengenommen, ohne eine Miene zu verziehen, und so fuhr er tiefer und tiefer in die seltsamsten Gassen des Armenviertels hinein mit einem Gesicht, als ob er zum Hofball führe.

Endlich erhielt er den Befehl zu halten, und das war auch die höchste Zeit. Denn die Straße wurde enger und enger, und es sah beinahe aus, als müßten die wohlgenährten Pferde und der feine Wagen im nächsten Augenblick festfrieren wie der Pflöpsen in einem Flaschenhals.

Der Unbewegliche gab kein Anzeichen von Angst, obgleich die Situation in Wirklichkeit verzweifelt war. Ein Witzbold, der den Kopf aus einer Dachlücke herausstreckte, riet ihm, die Pferde auf der Stelle abzuschlachten, da sie doch nimmermehr wieder lebend vom Plage kommen würden.

Frau Warden stieg aus und bog in eine noch engere Straße ein; sie wollte gleich das Schlimmste sehen.

In der Tür stand ein halberwachsenes Mädchen. Die Frau fragte: „Wohnen viele arme Leute in diesem Hause?“

Das Mädchen lachte und antwortete etwas, indem sie sich dicht an der Fragenden vorüberstreifend in die enge Tür hineindrängte. Frau Warden verstand nicht, was sie sagte, aber sie hatte das Gefühl, als habe das Mädchen etwas Häßliches gesagt.

Sie trat in das erste Zimmer, das sie fand.

Es war nichts Neues für Frau Warden, daß arme Leute ihre Räumllichkeiten niemals hinlänglich lüfteten. Die Atmosphäre indessen, welche sie hier einzuatmen begann, verursachte ihr einen derartigen Schwindel, daß sie froh war, sich auf die Ofenbank setzen zu können.

In der Handbewegung, mit welcher das Weib im Zimmer die Kleider auf die Erde warf, die auf der Bank lagen, und in dem Lächeln, mit welchem sie die feine, schöne Dame einlud, Platz zu nehmen, lag etwas, das Frau Warden auffiel. Es machte den Eindruck, als hätte die arme Frau einst bessere Tage gekannt; obgleich ihre Bewegungen mehr flott als eigentlich fein waren und das Lächeln durchaus kein angenehmes war.

Die lange Schleppe des perlengrauen Visitenkleides der Frau breitete sich weit über den schwarzen Fußboden, und als sie sich niederbeugte, um sie zusammenzuraffen, mußte sie selbst an einen Heineschen Ausdruck denken: „Sie sah aus wie ein Bonbon, der in der Sonne lag.“

Das Gespräch begann und wurde weitergeführt, wie derartige Gespräche stets geführt zu werden pflegen. Wenn jede dieser beiden Frauen bei ihrer Sprache und ihrem Gedankengang verblieben wäre, so hätte keine von ihnen ein Wort von dem verstanden, was die andere sagte.

Da aber der Arme den Reichen stets soviel besser kennt, als der Reiche den Armen, so hat dieser sich zuletzt eine eigene Sprache angeeignet — einen eigenen Ton, welchen die Erfahrung ihn zu brauchen gelehrt, wenn es gilt, verstanden zu werden; — das heißt insofern verstanden, daß der Reiche Lust bekommt, wohlthätig zu sein. Näher können sie einander niemals kommen.

Diese Sprache verstand das arme Weib bis zur Vollkommenheit, und Frau Warden hatte gar bald einen Umriss ihres elenden Daseins. Sie hatte zwei Kinder, — einen Knaben von vier, fünf Jahren, der auf dem Fußboden lag, und ein kleines Kind, das sie an der Brust trug.

Frau Warden betrachtete das kleine, graue, farblose Geschöpf und konnte nicht begreifen, daß es schon dreizehn Monate alt sei. Sie selbst hatte zu Hause in der Wiege einen kleinen Kolof von sieben Monaten, der mindestens um die Hälfte größer war.

„Ihr müßt dem Kinde etwas Stärkendes geben“ — sagte sie, es schwebte ihr etwas vor von Kindermehl und Apfelsinengelee.

Bei den Worten „etwas Stärkendes“, erhob sich ein zerzauster Kopf aus dem Bettstroh; es war ein bleicher, hohläugiger Mann mit einem großen Wolltuch um den Kopf. (Schluß folgt.)